



Status Quo Vadis

**Der Streit um die
Studiengebühren geht
weiter, Zeit zu schauen,
wo er eigentlich steht.**

Denn in der Debatte, die für viele gar keine mehr ist, sondern längst beschlossene Sache, stecken ihre Protagonisten fest. Da sind die kategorischen Neinsager auf der einen, die bedingungslosen Gebührenteilnehmer auf der anderen Seite und irgendwo dazwischen die „konstruktiven“ Studiengebührenbefürworter (unter bestimmten Voraussetzungen). Die Vertreter der goldenen Mitte beziehen ihre Argumente aus beiden Positionen und verweisen auf alternative Studiengebührenmodelle. Eine solche Alternative hat die Tageszeitung (TAZ) formuliert. Das „TAZ-Modell“ von Christian Füller bezieht sich auf die Idee der „studentischen Selbstverwaltung“ und lässt sich wie folgt beschreiben: Die Höhe der pro Semester abzuführenden Studiengebühren soll von der Studierendenschaft (wer das sein soll, wird nicht genauer spezifiziert) und der Hochschule ausgehandelt werden. Anschließend wird eine Gebührenordnung verabschiedet, nach welcher der Einzug der Gebühren organisiert werden soll. Banken übernehmen die Erhebung der Gebühren, eine „professionelle Organisation“ verwaltet diese und ein „studentisches Gebührenmanagement“ (auch nicht näher spezifiziert) übt die Kontrolle über die Verteilung der Gelder aus. Dabei sollen Studierende, die sich die Gebühr nicht leisten können, von dieser befreit bleiben. Ziel ist es, die „negativen Effekte“ von Studiengebühren kontrollierbar zu machen. Soweit so gut. Füller verweist bei seiner Argumentation auf den Umstand, daß sich die Studierenden in Hochschulen hauptsächlich aus Akademikersprößlingen zu-

Fortsetzung auf Seite 9

Bürgerliche Trauerspiele und Frühlingserwachen

**- Antifaschistische Aktionen -
am 13.02. in Dresden und am 01.05. in Leipzig**

Wärmer wird es allen Ortes; nicht nur diverse BewegungsspezialistInnen, auch die Vorbereitungen DES Tages für symbolische Straßenbekundungen zwischen Freiheit und Arbeit laufen auf Hochtouren. Am 1. Mai letzten Jahres konnten relativ unbehelligt um die 1000 Nazis bis fast zum Völkerschlachtdenkmal gelangen. Der inzwischen schon obligatorisch gewordener Aufruf Christian Worchs für diesen Tag lässt erkennen: man will erneut das traditionsbehaftete Datum für sich besetzen. Schon zwei Tage nach dem verhinderten Nazimarsch nach Connewitz am 3. Oktober 2004 meinte selbiger zum 1. Mai 2005 mit den vermeintlich Freien Kameradschaften zum Connewitzer Kreuz durchstoßen zu wollen:

„Es gibt für Deutsche in Deutschland keine

„no-go-areas“. Dies ist UNSER Land, und wir lassen uns das Grundrecht auf Freizügigkeit (Art. 11 Grundgesetz) nicht von einer Handvoll Steinwerfer oder Barrikadenbauer nehmen.“

Treffpunkt ist wie üblich um 12 auf dem Hauptbahnhof (Ostseite). Die von der Stadt angebotene Ausweichroute zum Ostplatz lehnte Worch ab und die Verhandlungen werden wohl bis zum Schluß weiterlaufen.

Nicht erst seit Dresden ist die Mobilisierungsfähigkeit der rechten Szene angestiegen. Nachdem nun vor kurzem die NPD eine 1.Mai-Veranstaltung in Magdeburg zugunsten von geplanten Großaufmärschen in Nürnberg und Neubrandenburg

Fortsetzung auf Seite 12

Vorwärts zur Vergangenheit

Es ist schon dolle, was grad in Deutschland geht! Mit der Bildungs- und Innovationsoffensive der Regierung wird durchgestartet in eine Zukunft, die glänzend projiziert wird, und mit der nationalen Erinnerungskultur etwas vom „Charme der guten alten Zeit“ abbekommen soll. Aber die Technik der Holografie scheint im High-Tech-Standort noch nicht so weit fortgeschritten zu sein, dass die Illusion nicht durchsichtig wäre. Vielleicht hat aber die Bevölkerung einfach ein zu gutes Gedächtnis – und alles Vertrauen in „die Politik“ verloren.

Jedenfalls weisen die Zeichen der Zeit in der Wirklichkeit nicht nur in die Zukunft, sondern auch in die Vergangenheit: Wenn heute erst 114.000 Ein-Euro-JobberInnen rabotten gehen, soll ihre Zahl nach Regierungswillen noch 2005 auf 600.000 Menschen anwachsen. Da diese ArbeiterInnen nach herrschender Rechtsprechung nicht als „Arbeitnehmer“ gelten, haben sie – abgesehen von Urlaub und Arbeitsschutz – keine der gesetzlich verankerten Garantien. Die Dauer eines Ein-Euro-Jobs ist auf maximal 12 Monate begrenzt und soll „den Einstieg in

den ersten Arbeitsmarkt“ erleichtern – unter diesem Vorwand unterstützt auch der DGB Sachsen diese neuen „Arbeitsgelegenheiten“. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt dürften aber ganz anders aussehen: nämlich, dass die ArbeiterInnen unter Druck geraten.

So weitet sich letztlich ein Vertragsmodell aus, das mit dem altertümlich anmutenden Begriff der „Lohnsklaverei“ beschrieben werden kann. Oft wird dieser Ausdruck als rhetorische Phrase missverstanden, die auf eine längst vergangene Zeit anspielt, als die ArbeiterInnen mitleiderregend niedrige Löhne bekamen, der Arbeitstag endlos lang war und eine drakonische Arbeitsdisziplin herrschte. Der aktuelle Bezug aber wird im Kern deutlich: das ist eine Situation, in der die ArbeiterInnen keine legalen Rechte haben, kollektiv über die Kosten und Bedingungen ihrer Arbeit zu verhandeln. Die Ein-Euro-JobberInnen gesellen sich zu 1.000.000 „illegalen“ ArbeiterInnen, 78.000 Zivildienstleistenden und 30.000 schuftenden Häftlingen. Der Sektor der Lohnsklaverei wurde mit Hartz IV also nicht neu erfunden, aber in beträchtlichem Maße ausgeweitet.

A.E. / wc

EDITORIAL

SO. Da isser wieder, der alte/neue *Feierabend!* Nach einem kleinen Winterpäuschen mit einigen neuen MitstreiterInnen und frischem Wind. Bei unserem (stets) kühnen Spagat zwischen Konkretem und Allgemeinem ist das Gewicht des aktuellen Heftes diesmal klar auf die Seite der konkreten Initiativen („Leipziger Kameras“ S. 4f, CULDT S. 6, Global-Space-Odyssee S.7, Aktionsnetzwerk Schulkritik S. 8, Mobilisierung zum Ersten und Achten Mai S. 12ff, G8-Mobilisierung S. 23) hin verlagert. Das liegt nicht nur an der grassierenden Sommerlaune, die allüberall wie der Bärlauch sprießt, auch nicht an dem erwartbar heißen Mai, sondern gehört eben zum Konzept unseres Zeitungsprojektes. Solange nämlich weder im Rathaus, in Dresden oder in Berlin, noch in Brüssel oder New York die Bedürfnisse und Interessen, die progressiven Ideen und der emanzipatorische Gehalt dieser Initiativen nicht verhandelt werden, sehen wir unsere Aufgabe auch darin, solchen Initiativen Gehör zu verschaffen und das eklatante Scheuklappendenken der herrschenden politischen Elite selbiger wie Bärlauchbutter auf die schnöde Bemme zu schmieren. Folgerichtig knallen bei uns auch nicht die Kronkorken angesichts der neuesten technokratischen Ergüsse (Stichwort EU-Verfassung), die nun über uns gekommen, bald in Brief und Siegel ratifiziert, rechtskräftig, sprich sanktionierbar werden. Anstatt beim Europäischen Projekt von emanzipatorischen Entwicklungen zu träumen, schwant uns hier vielmehr ein bürokratischer Supergau mit erheblichen Altlasten. Gegen diesen Größenwahn der „ersten“ Europäer nimmt sich das Urgestein institutionalisierter politischer Macht in Europa (Stichwort Katholische Kirche) derzeit geradezu menschlich aus. Bleibt zu hoffen, daß das Tränenmeer fern der Hysterie eher einem verstorbenen Menschen galt, als seiner funktionellen Position. Denn auch auf die Gefahr hin, sich im Laufe der Jahrhunderte zu wiederholen: Wer braucht eigentlich Päpste? Ruhe in Frieden Karol, Deine Verfehlungen seien Dir verziehen.

Zu Grabe tragen müssen wir leider auch einen Unterstützer der ersten Stunde. Die B12 hat den Verkauf unserer Zeitung eingestellt, die Begründung werden wir auf unserer Internetseite www.feierabend.net.tc veröffentlichen. Mancher wird es schon ahnen, es geht um unsere Auseinandersetzung mit den antideutschen Ideologemen, wie sie verschiedentlich in Leipzig kursieren. Zwischen Nebelkerzen, Vorurteilen und Mißverständnissen wollen wir nochmal ganz klar sagen, daß wir den Abdruck des Eichmann-Zitats, wie er im Heft #14 im Kontext einer Lenni-Brenner-Lektüre geschah, in verschiedener Hinsicht als schweren Fehler betrachten, in jedem Fall hat es eine konstruktive Auseinandersetzung behindert. Dennoch stehen wir weiterhin hinter der politischen Linie des Artikels „Zum antideutschen Kommunismus“ (s. FA! #14), diffusen Nationalismus und Verbürgerlichungstendenzen in politischen Initiativen und Projekten zu kritisieren. Dazu zählt unseres Erachtens eben (leider) auch die omnipräsente, antideutsche Kurzschließerei. Gleichungen wie Holocaust=Shoa, Zionismus=Judentum, Deutschland=Barbarei, USA/Israel=Emanzipation, andere Meinung=falsch gehen auf unseren Rechenzetteln einfach nicht so klar auf. Trotzdem schätzen wir das Engagement und den Elan, mit welchem sich viele politisch Involvierte hier einbringen, um die Erinnerung und Analyse der nationalsozialistischen und faschistischen Vergangenheit des deutschen Staates bewußt zu halten. Gesellschaftliche Veränderung als Ergebnis sozialrevolutionären Handelns kann unseres Erachtens aber nur das Ergebnis konkreter Kämpfe sein. Deshalb unterstützen wir u.a. Genossinnen und Genossen, die sich in Israel um eine kritische Auseinandersetzung mit dem Zionismus bemühen, wie er als staatstragendes Moment propagiert wurde und propagiert wird. Die AktivistInnen innerhalb der deutschen Staatsgrenzen dagegen sind zur radikalen (Selbst-)Kritik und zu entschlossenem Handeln aufgerufen: Gegen Nationalismus, Faschismus, Antisemitismus, gegen deutsche Staaterei und deutsches Kapital. Ach ja ... noch ganz pragmatisch: Die VS-Stelle des Monats muß diesmal wieder entfallen. Grund sind diverse technische und logistische Unzulänglichkeiten, an denen wir weiter arbeiten ...

Wir sehen uns am 1. und am 8. Mai
Eure *Feierabend!*-Redax

P.S.: Das Foto im Vordergrund der Titelmontage wurde von Bruno Barbey an einem 12. Juni geknipst: die letzte Barrikade von 68 in Paris.

Your ZORO needs you!

Wie sicher schon den meisten bekannt ist, hat das *ZORO* bzw. das gesamte Gelände der Bornaischen Str. 54 seit dem 01.03.05 einen neuen Eigentümer: *Dr. Steinbruch Bauträger- und Immobilien GmbH*. Konkrete Pläne des neuen Eigentümers, die Zukunft des Grundstücks betreffend, sind zum Redaktionsschluß noch nicht bekannt gewesen. Es ist jedoch von einer grundsätzlichen Gefährdung der Projekte um das *ZORO* auszugehen.

Das Anliegen derer, die seit nunmehr 13 Jahren auf dem Gelände aktiv sind, ist der dauerhafte Erhalt der Projekte, Wohn- und Gewerberäume in ihrer bisherigen Form. Dies erscheint nur mittels Selbstverwaltung des gesamten Geländes realisierbar. Es existiert bereits ein Stadtratsbeschluss vom 21.08.1996 („Konzept zur Unterstützung alternativer Projekte in Connewitz“), in dem der Kauf und die Übergabe des Geländes an die *AWC* beschlossen wurden. Das heißt: Die *Stadt Leipzig* müsste das Gelände von besagter Immobilienfirma kaufen und an die Alternative Wohngenossenschaft (*AWC e.G.*) übergeben. Dies gilt es nun einzufordern.

Kommt deshalb zahlreich am **20.04.05 ab 14 Uhr zur Öffentlichen Stadtrats-sitzung im Neuen Rathaus**. Dort sollen die Fragen über die Zukunft der Projekte öffentlich verhandelt werden.

Dem Chef kein'n Cent geschenkt

Viel wird von „direkter Aktion“ gesprochen, für die wir nun ein kleines Beispiel anführen wollen. Denn es sind „kleine Alltagsangelegenheiten“, in denen sich große Konzepte ausdrücken. Organisation von unten lohnt sich in der Tat; denn ein Prozess vor dem Arbeitsgericht hätte nicht nur 100 Euro, sondern wohl ein ganzes Jahr gekostet.

Ende Januar suchte ein junger Mann das libertäre Zentrum „Libelle“ auf, um sich Unterstützung zu holen bei der Freien ArbeiterInnen-Union Leipzig. Denn sein (Ex-)Boss wollte ihn wohl um seinen Lohn prellen ... Doch beginnen wir von vorn: Im August 2004 hat sich Bruno im damals neu eröffneten vegetarischen Restaurant ‚Lembas‘ in der Beethovenstr. 21 beworben, weil er als Koch bereits Erfahrungen in vegetarischen Restaurants in Portugal und Belgien gesammelt hatte. Schließlich unterzeichneten beide Parteien einen Arbeitsvertrag, von dem Bruno nicht mal eine Kopie erhielt, und einigten sich auf einen Stundenlohn von fünf Euro. Das ist freilich eher ein Aushilfslohn als der eines ausgebildeten Kochs – aber woher hätte er das wissen sollen?

Im September trat Bruno also seine Arbeit als Koch in der ‚Veg` Cuisine‘ von Peter Herden an. Neben den anfallenden Hilfsarbeiten, wie Geschirrspülen und Gemüseholen, die er verrichten musste, sollte er sich auch noch in die Zubereitung einarbeiten – ein Blick auf die Speisekarte sollte dazu nach Meinung des Chefs genügen. Nach vier Tagen Arbeit im Restaurant, die er im Verlauf von drei Wochen ableistete, war Bruno allerdings

aufgrund des Arbeitsstresses noch nicht in der Lage, alle Speisen vorzubereiten und wurde noch während der Probezeit entlassen, genauer: nach vier Stunden wurde Bruno am fünften Tag nach Hause geschickt. Das Argument des Inhabers war, Bruno arbeite nicht wie ein ‚richtiger Koch‘ – das war im Oktober.

Bernard – der in der Zwischenzeit einen anderen Job gefunden hat und 2005 auch in die anarchosyndikalistische Gewerkschaft eingetreten ist – war danach mehrmals bei Herden, um das „Entgelt“ für 36 Stunden seiner Lebenszeit einzufordern, das sich auf 180 Euro summerte. Im Dezember wurde ihm zum letzten Mal versichert, er werde sein Geld bekommen; davon war aber auch anderthalb Monate später noch nichts zu sehen. Tja, was man allein nicht schafft, geht man zusammen an!

Die ersten Überlegungen gingen dahin, einen Brief mit Zahlungsaufforderung zu schreiben. Man verabredete sich, um die Geschichte zu Papier zu bringen; und entschied sich an diesem Tag, Herrn Herden in seinem „Kowalski“ einen Besuch abzustatten, um den Lohn ein letztes Mal einzufordern – ohne vorher großartig Gesetze gewälzt zu haben. Der Geschäftsmann war wohl einigermaßen überrascht, Bruno – diesmal nicht allein – wiederzusehen und suchte sich zu rechtfertigen: es sei ja nur Probezeit und er mit der Arbeit eben nicht zufrieden gewesen, daher müsse er auch nichts be-

zahlen. Trotz seiner herablassenden Art ahnte Herden wohl, dass die Drei um seinen „juristischen Irrtum“ wussten – und ließ sich also darauf ein, das Geld am nächsten Tag auszuzahlen.

Doch so harmonisch ging es freilich nicht zu Ende, denn am folgenden Tag konnten nur gut 140 Euro entgegengenommen werden – und Herden verweigerte jedes weitere Gespräch. Im Gegenzug verweigerte Bruno die Unterschrift unter eine der beiden vorgelegten Quittungen und machte sich mit der FAUL daran, das ausstehende Geld schriftlich einzufordern. Nachdem der Brief abgeschickt war, stellten die jungen Syndikalisten noch ein paar Berechnungen an und kamen zu der Vermutung, dass Herden wohl 20 Prozent Lohnsteuer abgeführt habe – die sich Bruno vom Finanzamt zurückholen muss.

Dieses Beispiel aus der Praxis zeigt, dass es sich lohnt, hartnäckig zu bleiben, und sich auch als „unwissender Jobber“ nicht abwimmeln zu lassen. In den folgenden Wochen, als die Geschichte die Runde machte, stellte sich im übrigen heraus, dass Bruno kein Einzelfall ist und sich der vorenthaltene Lohn teilweise auf mehrere hundert Euro belief. Dagegen gilt es vorzugehen, als erste Schritte zu einer kämpferische Gewerkschaft.

A.E.

**direkte
aktion**



[gibts auch als zeitung]



Probeheft gratis! Straßburger Straße 38 | 10405 Berlin | da-abo@fau.org

Feierabend!

...ist ein unkommerzielles Zeitungsprojekt mit dem Ziel der Verbreitung libertärer, antiautoritärer & emanzipatorischer Ideen, der Darstellung von Sachverhalten, die in der kommerziellen Presse oft unzureichend, verzerrt oder gar nicht erwähnt werden, sowie der Beleuchtung von Themen, die uns interessant und wichtig erscheinen. Der Verkaufspreis von derzeit 1 Euro dient einzig dem Begleichen der Kosten zur Erstellung des Heftes. Alle inhaltlich an der Erstellung des Heftes Beteiligten arbeiten als ÜberzeugungstätterInnen ohne Bezahlung.

**20.4. Lpz. ab 14:00, Neues Rathaus
Zoro - Erhalt subkultureller Strukturen**
Stadtratssitzung zur Eigentumsfrage des Zoro

**27.4. Lpz. 20:00 Libelle (Kolonnadenstr.19),
„Platzbesetzung“**
Dokufilm zu Häuserkampf in Barcelona

**28.5. Lpz. 21:00. Giesserstr. 16
„Chiapas Soli Party“**
Vortrag, Bands, Kino, Disse

Bewegung

LEIPZIGER KAMERAS: Ihre Argumente – Unsere Antwort!

Wir nehmen das Ereignis am Connewitzer Kreuz in der Nacht von Freitag, 28. Januar, auf Samstag, 29. Januar, zum Anlass, erneut die Argumente der Verantwortlichen bei Stadt und Polizei für die Videoüberwachung öffentlicher Plätze zu überprüfen. Zur Erinnerung: im April 1996 warfen Sie eine wichtige Forderung der Bürgerrechtbewegung der achtziger Jahre über Bord: die Forderung nach Abschaf-

fung der alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringenden Überwachung. Am Leipziger Innenstadtring, wo erst sechs Jahre zuvor die Kameras der Stasi abmontiert worden waren, stellten Sie in einem Pilotprojekt die deutschlandweit erste Videokamera zur Überwachung des öffentlichen Raums auf. Für diese bis dahin einmalige Grundrechtseinschränkung führen Sie abwechselnd die folgenden Argumen-

te an: Videokameras dienen der Aufklärung von Straftaten, der Vermeidung von Straftaten und verbessern das Sicherheitsgefühl der BürgerInnen. Wir meinen, nach neun Jahren ist es Zeit Bilanz zu ziehen.

Aufklärung von Straftaten Vermeidung von Straftaten

Am 9. Februar des vergangenen Jahres war in der *Leipziger Volkszeitung* zu lesen, dass bis dahin 44 Straftäter durch die Kameras überführt worden waren. Ehrlich gesagt bezweifeln wir, dass das bedeutet, dass alle 44 Personen von einem Gericht schuldig gesprochen wurden. Wie auch immer, 44 überführte Personen sind eine schmale Erfolgsbilanz für eine teure Maßnahme, wenn man bedenkt, dass eine Kamera jährlich etwa 10.000 Euro verbraucht. Sie wissen das. Schließlich hat Rolf Müller, Leiter der Polizeidirektion Leipzig, bei der Veranstaltung „Bitte lächeln. Pro & Contra Videoüberwachung“ im April 2004 gesagt, dass sich die Videoüberwachung zur Straftatenaufklärung nicht lohnt. Warum verwenden Sie dieses Argument dann weiter in der öffentlichen Diskussion? Schließlich hat der frühere sächsische Innenminister, Klaus Hardraht, schon im November 1999 auf eine kleine Anfrage der PDS im Landtag geantwortet: „Vorrangiger Zweck der Videoüberwachung ist nicht das Einleiten von Ermittlungsverfahren, sondern das Verhindern von Straftaten.“

Tatsächlich präsentiert Rolf Müller seit Jahren erstaunliche Zahlen. Je nach Deliktgruppe gehen diesen zufolge die Straftaten um 20 bis 60 Prozent durch die Videoüberwachung zurück. Leider können wir diesen Zahlenzauber nicht glauben. Denn die Zahlen wurden weder von einer unabhängigen Institution, noch nach den strengen Regeln empirischer und statistischer Untersuchungen erhoben. Den Tabellen fehlt beispielsweise ein angemessener Vergleichsbereich, in dem die Kriminalitätsentwicklung ohne Videoüberwachung gemessen wurde. Warum schauen Sie nicht einmal in die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik? Dann würden

Offener Brief der Initiative „Leipziger Kamera“ zur „erneuten“ Videoüberwachung am Connewitzer Kreuz an

8. Februar 2005

...Herrn Holger Tschense (Bürgermeister und Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig) und
...Herrn Rolf Müller (Leitender Kriminaldirektor, Polizeidirektion Leipzig).

Sehr geehrte Herren,

die Law-and-order-Hysterie, die von Ihnen nach den letzten Randalen am Connewitzer Kreuz verbreitet wurde, wirft bei uns einige Fragen auf und soll nicht unkommentiert bleiben. Herr Tschense sagte der *Leipziger Volkszeitung*: „Ab sofort wird dieser Kriminalitätsschwerpunkt dauerhaft videoüberwacht.“ Zudem erfahren die LeserInnen, dass das Connewitzer Kreuz bisher ausschließlich an Silvester mit einer mobilen Kamera überwacht wurde, die vor Silvester auf- und danach wieder abgebaut wurde (LVZ, 31. Januar).

Diese Aussage von Herrn Tschense bezweifeln wir. Denn wer Augen im Kopf hat, kann das ganze Jahr über auf dem Dach des Hauses Karl-Liebknecht-Straße 152 eine Kamera sehen. Zudem weisen Schilder darauf hin, dass der Platz videoüberwacht wird. Bereits am 14. Mai 2003 war in der LVZ zu lesen, dass die Kamera wieder aufgestellt wird und am 9. Februar 2004, dass sie seit Juni 2003 in Betrieb ist und ihren Zweck erfüllt.

Demnach wird das Connewitzer Kreuz seit eineinhalb Jahren dauerhaft videoüberwacht. Dass es trotzdem zu den Randalen kam – wohlgemerkt innerhalb eines bereits videoüberwachten Bereichs (zumindest jedoch als videoüberwacht ausgewiesenen) – zeigt, dass eine Kamera ein solches Ereignis nicht verhindern kann! Stattdessen schränkt die Videoüberwachung die Grundrechte aller NutzerInnen des Connewitzer Kreuzes ein, verbreitet ein Klima der Überwachung und Kontrolle und verursacht jährliche Kosten in Höhe von 10.000 Euro.

Was soll also diese Fehlinformation? Wir meinen, dass Sie mit Ihrer Ankündigung, das Connewitzer Kreuz durch Videoüberwachung sicherer machen zu wollen, das Scheitern Ihrer Law-and-order-Politik vertuschen wollen. Indem Sie der Öffentlichkeit dreist erneut Videoüberwachung als Mittel der Sicherheitspolitik präsentieren, obwohl sich in eben diesem – bereits videoüberwachten (!!!) – Bereich zeigte, dass sie wirkungslos ist. Dabei beweist dieses Ereignis einzig und allein, dass Videoüberwachung vollkommen überflüssig ist. Deshalb fordern wir Sie auf, diese Kamera und die drei anderen Überwachungskameras der Polizei in Leipzig abzuschalten.

Dass Sie die Beteiligten jetzt mit DNA-Analyse überführen wollen, zeigt unserer Meinung nach, dass Sie auf jeden populären Zug aufspringen, um sich als starke Männer im Kampf gegen das Verbrechen darzustellen. Mit Ihren markigen Sprüchen, Herr Tschense, wollen Sie wohl Ihr Profil als Law-and-order-Mann schärfen, um sich nachdrücklich für die Stelle des sächsischen Innenministers zu empfehlen. Den BewohnerInnen von Leipzig helfen Sie damit nicht.

Mit freundlichen Grüßen Initiative „Leipziger Kamera“

Sie nämlich sehen, dass in den neunziger Jahren die Anzahl der Straftaten, nach dem sie zu Beginn sehr hoch war, kontinuierlich gesunken ist. Warum sollte die Kriminalität zum Beispiel vor dem Leipziger Hauptbahnhof nicht unabhängig von der Videoüberwachung gesunken sein? Der Bundesverband deutscher Versicherer nimmt zum Beispiel an, dass die von Ihnen so gerne angeführten KfZ-Diebstahle Ende der neunziger deshalb rückläufig waren, weil in Neuwagen serienmäßig eine Wegfahrsperrung eingebaut wurde. Von Videoüberwachung keine Spur.

Zudem fehlt Ihrer Statistik ein Untersuchungsgebiet, in das eventuell eine Verdrängung der Straftaten stattgefunden haben könnte. Wenn eine Straftat nicht in der Richard-Wagner-Straße stattfindet, sondern eben in der Eisenbahnstraße, würden auch Sie sicher nicht behaupten wollen, diese Straftat verhindert zu haben. Das können sie jedoch anhand Ihrer Zahlen nicht ausschließen! Schließlich hat Rolf Müller bei der oben erwähnten Veranstaltung selbst zugegeben, dass er unsere Annahme teilt, dass die Delikte lediglich in andere Stadtgebiete verdrängt wurden. Zudem hat Rolf Müller gesagt, dass die Videoüberwachung auf Gewaltkriminalität keinen Einfluss hat. Ihre Zahlen belegen also keinesfalls, den von Ihnen behaupteten präventiven Effekt der Videoüberwachung.

An einer wirklichen wissenschaftlichen Aufarbeitung des Nutzens der Videoüberwachung scheinen ja nicht nur sie, sondern bisher niemand in Sachsen und der BRD interessiert zu sein. Schauen wir deshalb nach Großbritannien, wo Unmengen an staatlichen Mitteln in eine nahezu flächendeckende Videoüberwachung geflossen sind. Dort

wurden mittlerweile auch Mittel in die wissenschaftliche Kontrolle gesteckt. Im Jahr 2002 gab das britische Innenministerium eine Studie heraus, die die immense staatliche Förderung von Videoüberwachung in ein nüchternes Licht rückt. Das Ergebnis der Studie war, dass der Effekt von Videoüberwachung nicht nachzuweisen ist. Mal ergibt sich eine Reduzierung von Kriminalität, mal steigert sie sich sogar. Im Durchschnitt ist der kriminalitätssenkende Effekt sehr gering, wenn nicht gleich Null. Die Verfasser der Studie fassen zusammen: „CCTV is most effective in reducing vehicle crime in car parks, but had little or no effect in public transport and city centre settings“. Die Verbesserung der Straßenbeleuchtung beeinflusst die Kriminalitätsentwicklung nachhaltiger. Lesen Sie diese Studie und hören Sie dann auf zu argumentieren, dass Videoüberwachung Straftaten verhindert.

Verbesserung des Sicherheitsgefühls

Zu Ihrem letzten Argument: Videokameras verbessern das Sicherheitsgefühl der BürgerInnen. Hier können wir auf eine Studie der Universität Leipzig zurückgreifen. Im Juni 2000 wurden 770 LeipzigerInnen nach ihrer Einstellung zur Videoüberwachung befragt. 70 Prozent der Befragten fühlen sich sicher. Fast 80 Prozent

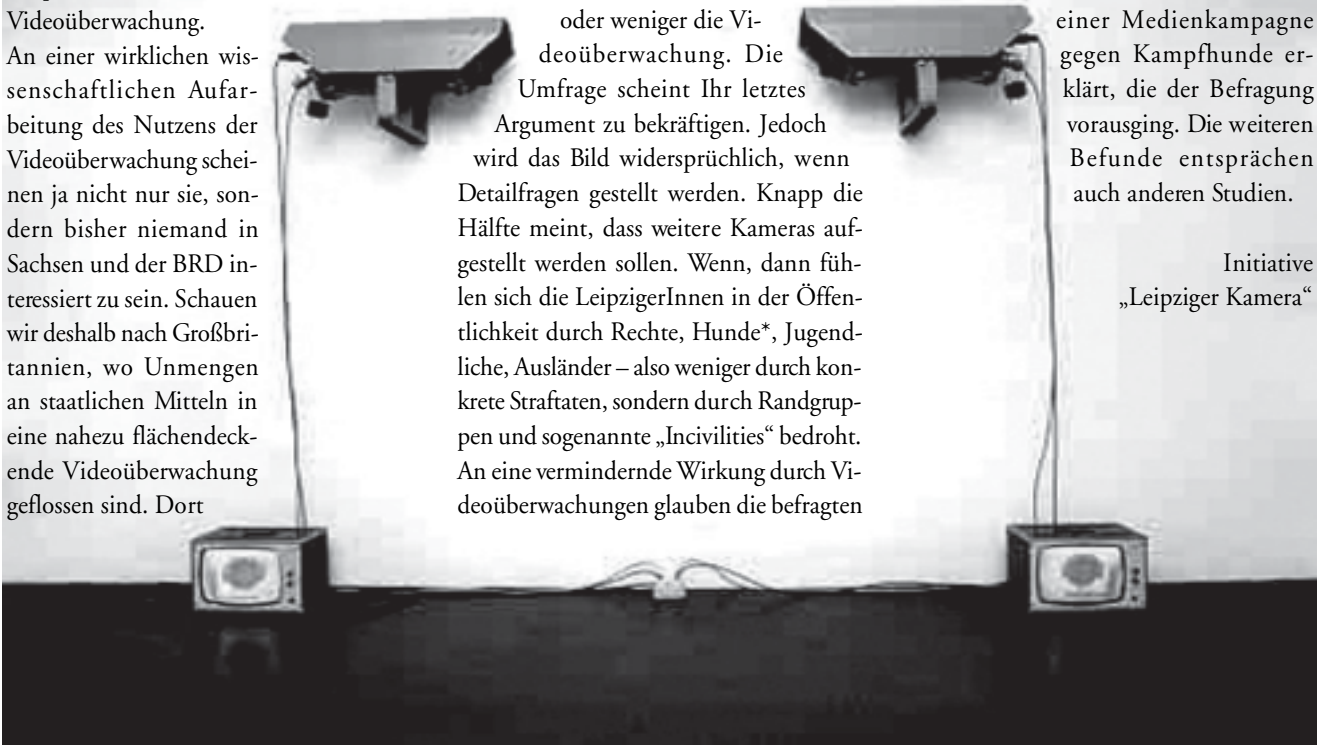
befürworten mehr oder weniger die Videoüberwachung. Die Umfrage scheint Ihr letztes Argument zu bekräftigen. Jedoch wird das Bild widersprüchlich, wenn Detailfragen gestellt werden. Knapp die Hälfte meint, dass weitere Kameras aufgestellt werden sollen. Wenn, dann fühlen sich die LeipzigerInnen in der Öffentlichkeit durch Rechte, Hunde*, Jugendliche, Ausländer – also weniger durch konkrete Straftaten, sondern durch Randgruppen und sogenannte „Incivilities“ bedroht. An eine verminderte Wirkung durch Videoüberwachungen glauben die befragten

PassantInnen bei Diebstahl, Handtaschenraub, Raub, Überfall und Drogendelikten. „Es scheint also ein Missverhältnis zwischen der Art der Bedrohung und dem erwarteten Sicherheitsgewinn in Bezug auf Videoüberwachung zu geben“, fasst die Studie zusammen. Deutlicher formuliert, bedeutet dieses Ergebnis, dass das so genannte Sicherheitsgefühl vermutlich nicht vom Einsatz der Videoüberwachung herrührt. Und auch der Fakt, dass das zu Beginn der neunziger Jahre recht geringe Sicherheitsgefühl sich gehoben hat, liegt wohl eher an der Gewöhnung der Ostdeutschen an die neuen gesellschaftlichen Koordinaten als an Ihrer Videoüberwachung.

Wir stellen fest, dass Ihre Argumente für eine Videoüberwachung des öffentlichen Raums nicht zu halten sind. Wir sehen Sie in der Beweisnot, wie Sie künftig die Grundrechtsbeschränkung an allen vier Kamerastandorten und die Kosten rechtfertigen wollen. Wir empfehlen Ihnen, bei den geplanten Kürzungen am Etat der Polizei bei den Videoüberwachungskameras zu beginnen, anstatt zu behaupten, die Kameras würden zukünftig etwas bewirken, was sie bisher nicht bewirkt haben. Deshalb fordern wir Sie erneut auf, die polizeiliche Videoüberwachung öffentlicher Plätze in Leipzig einzustellen.

* Der hohe Anteil der Hunde wird mit einer Medienkampagne gegen Kampfhunde erklärt, die der Befragung vorausging. Die weiteren Befunde entsprächen auch anderen Studien.

Initiative
„Leipziger Kamera“



Kritik, Party, Kultur und Direct Action

Die folgenden Texte haben den Charakter von Aufrufen, von Mobilisierungen, an etwas teilzunehmen, aktiv zu werden. Weitere Gemeinsamkeiten sind das Starkmachen von Selbstbestimmung, Selbstorganisation ohne Hierarchien und unterschiedlichen Lebensmodellen. Kultur, Spaß und Politik (ohne und gegen Parteien) sind Tragpfeiler, hinter denen sich ernsthafte Absichten verbergen und ein Streben, das über die gesellschaftlichen Mauern hinausweist. Die Aufrufe sind nicht perfekt, beanspruchen für sich nicht die Autorität endgültiger Wahrheit oder Wissenschaftlichkeit. Das Ärgern wird zum Wollen und zur Aktivität. Das Suchen nach MitstreiterInnen motiviert zum Aufrufen, zur eigenen Organisation. *Feierabend!* möchte solche Gruppen, Organisationen, Netzwerke und Initiativen unterstützen, fördern und stärken.

Das 2. Culdt Camp findet erstmals in Leipzig statt und will ein Ort sein, sich mit politisch aktiven Menschen über Strategien, Inhalte und Methoden auszutauschen. Nichts wie hin! Direkte Aktion statt Stagnation!

Die Global Space Odyssee soll als 'Demo-Party' über Forderungen der Legalisierung von Cannabis hinausreichen und zur allgemeinen politischen Bildung und Aktivierung beitragen. Die „verkehrsgeminderte“ Großbaustelle Innenstadtring wurde leider durch die städtische Sperrkommission in diesem Jahr nicht frei gegeben. Die Route wird also von der Karl-Liebknechtstrasse über die Beethovenstrasse in den Clara-Zetkin-Park führen, wo eine Zwischenkundgebung geplant ist. Weiter geht's durch's schöne Schleussig zum „Volkspark“. Zeigt euch selbstbestimmt!

Die Schulen haben nicht erst seit Pisa ein Problem. Schulstreiks in Oldenburg, München oder Chemnitz zeigen, dass es Zeit wird, das Problem beim Schopfe zu packen. Einen Versuch stellt die Initiative der Schulkritiker dar. Mitreden - mitlernen - selber machen!



CULDT - CAMP 2005

Wir planen Anfang Mai 2005 ein linkes AktivistInnentreffen in Leipzig. Die Idee des CULDT ist es, Raum zu schaffen für einen Aufbruch in eine andere Gesellschaft, für andere Formen des Zusammenlebens auf der Suche nach einem schönen Leben für Alle.

leipzig im mai. herr obernazi worch lädt ein, und wer in dieser stadt den kopf noch nicht in den feinstaub gesteckt hat, ruf zum ungebetenen besuch auf, zahlreich. am nächsten tag beginnt eine woche, die schillernd zeigen und spüren lassen soll, welche (un-)art zu leben wir dieser menschlichen misere entgegensetzen können, wie sie sich verwandelt, wenn wir zusammenlegen, sowas. tage unter der maisonne, zwischen beton und zeltwiese, zwischen ex-industriestandort und ex-blühenden-landschaften: ein abgesang auf... na ihr wisst schon.

wer was machen will, anbieten, teilnehmen, verbreiten, vertiefen, verschlingen, leipzig gestalten, der die das komme. unterhaltung und inspiration garantiert, der rahmen ist da.

culture - utopia - life direct action - theory

Das CULDT 2005 findet in Leipzig statt. Einer Stadt mit „Vorreiterfunktion“ in Sachen Innenstadtkontrolle und sozialer Repression.

Vom Camp aus soll es möglich sein, sowohl nach außen aktiv zu werden, als auch die lokale und bundesweite Szene über punktuelle Kampagnen hinaus stärker miteinander zu vernetzen. Während der Campage bietet sich in Leipzig ein spannendes politisches Rahmenprogramm an, von Anti-Nazi Aktivitäten am 1.Mai über die Space Odyssee am 7. bis zum Tag der Befreiung am 8.Mai.

Ziel des AktivistInnentreffen ist es, Platz für Erfahrungsaustausch zu bieten und eine Fortbildung für Menschen zu ermöglichen, die an linksradikalen Inhalten interessiert sind. Wir wollen gemeinsam Handlungsstrategien, Perspektiven und Utopien entwickeln und diskutieren.

Das Treffen soll dazu beitragen, die linke Bewegung durch Förderung von Selbstorganisationsprozessen zu stärken.

Es wäre schön, wenn sich der Raum des CULDT zum Austausch zwischen emanzipatorischen Netzwerken entwickelt und somit die Möglichkeit für eine breite libertäre Bewegung schafft, welche die Zersplitterung von einseitigem Aktivismus, reiner Kulturarbeit oder universitären Theorien überwindet.



Infos zum Camps finden sich auf:

www.culdt.de.vu

Kontakt: culdt@no-log.org

Ort: Plagwitzer Güterbahnhof

GLOBAL für ein SELBSTBESTIMMTES LEBEN SPACE ODYSSEE



In über 300 Städten weltweit (z.B. Los Angeles, Tokio, Frankfurt a.M., Rostock) findet alljährlich der „Million-Marihuana-Marsch“ statt und Leipzig ist ein Teil davon. Zum 5. mal, organisiert unser Team für den 1. Mai 2005 in Zusammenarbeit mit verschiedensten kulturellen und gesellschaftlichen Gruppierungen den Leipziger Part dieser globalen Willensbekundung. Das bedeutet für uns: *

Leider bedeutet in diesem System mehr Selbstbestimmung und Freiheit oft trotzdem, dass Menschen und Natur ausgebeutet und ethischer Werte zugunsten von wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Interessen

- * Alle können leben Wo und Wie sie wollen!
- Alle können lieben Wen und Wie sie wollen (wenn se wolln)!
- Alle können konsumieren und produzieren Was und Wie sie wollen!
- Selbstbestimmung heisst Verantwortung!
- für sich, für andere, für alles!

verworfen werden.
Wir haben nicht die Illusion, dass uns ein Staat beim Ausbruch aus dieser Spirale der Entwertung menschlichen Lebens hilf-

reich sein könnte. Solange Leistungsdruck, Machtstreben und Profite die Grundpfeiler dieser Gesellschaft sind, können wir nur nach eigenen Alternativen suchen. Ich, Du und am besten Viele zusammen!

JedeR Einzelne trägt mit seiner Persönlichkeit und seinen Ideen zu einer offenen Gesellschaft bei, in der sich niemand allein fühlen muss und jeder sich einbringen kann. Nur gemeinsam, mit wachen Sinnen und Interesse füreinander können wir Verdross und verkrustete Denkstrukturen überwinden. Wir wollen zwanglose Freiräume für ein Selbstbestimmtes Leben schaffen und nutzen: Für freie, uneingeschränkte Kommunikation miteinander.

Das kapitalistische System der globalen Ausbeutung und Umweltzerstörung, der Kriminalisierung oder Ausgrenzung von Menschengruppen und Individuen funktioniert nur durch Manipulation der Menschen von klein auf. Deswegen wehren wir uns gegen autoritäre Erziehung, selektive Bildung und erzwungene Ideologien.

Ein freier Mensch braucht freie Medien die unabhängig arbeiten. Medien sollen eine Plattform zum Austausch von Informationen und Meinungen sein und kein Instrument in den Händen von Staaten und Konzernen. Wir wollen Selbst das Denken erfassen, statt uns immer nur lenken zu lassen!

Im Rahmen des alljährlichen Liberation-Day setzen wir uns für die Ablösung des Betäubungsmittelgesetzes durch intensive Aufklärung über (auch anerkannte) Drogen ein. Verbote führen zu einer Illegalisierung von Menschen statt zum Nicht-Gebrauch. Jeder sollte selbstverantwortlich entscheiden dürfen, was er konsumiert.

Für uns in Leipzig fordern wir konkret: * *

Wir wissen, dass aus mehr Selbstbestimmung, Toleranz und Freiräumen nichts wird, wenn wir sie nicht selber umzusetzen wissen. Darum sprechen wir nicht nur „die da oben“ an, sondern auch und ganz besonders DICH!

www.global-space-leipzig.org

- * *
- + Mehr Grün! +
- + Kleinere Schulklassen statt größere Straßen! +
- + Mehr Kulturförderung statt noch mehr Kaufhäuser! +
- + Öffentliche Fixerstuben statt Kriminalisierung! +
- + Preiswertes Wohnen statt Totsanierung! +
- + Mehr Transparenz und Mitgestaltungsrecht bei städtischen Entscheidungen!
- + Intensive Aufklärung gegen statt Ignoranz und Toleranz von Nazis!
- + Legalisierung von Wagenplätzen!

Bernd Drücke, Luz Kerkeling, Martin Baxmeyer (Hg.):

Abel Paz und die Spanische Revolution

Interviews und Vorträge

Verlag Edition AV

ISBN 3-936049-33-5, 116 S., 11 Euro

Bernd Drücke, Luz Kerkeling,
Martin Baxmeyer (Hg.):

Abel Paz und die Spanische Revolution

„Von allen Einführungen und
Kurzdarstellungen zum Thema
sicher eine der Besten.“
Telegraph Nr. 111, Januar 2005

Die Geschichte von antifaschistischem
Widerstand und libertärer
Revolution in Spanien 1936
spiegelt sich im Leben des heute
83-jährigen Anarchisten und
Durruti-Biographen Abel Paz.
Schon als 15-Jähriger kämpfte er
gegen die Franco-Faschisten.
Nach dem Sieg Francos im
Spanischen Bürgerkrieg, floh er
1939 nach Frankreich. Ab 1942
war er aktiv im spanischen
Untergrund, bis er verhaftet und
bis 1953 inhaftiert wurde.

Verlag Edition AV
Postfach 500202, D-
60392 Frankfurt/M.
www.edition-av.de

Aktionsnetzwerk sucht MitstreiterInnen

für kreative Aktionen, eine andere Lernkultur und gegen Zwangsschule



Es finden sich innerhalb einer großen politischen Bewegung immer wieder Leute zusammen, die aus unterschiedlichen Motivationen mitunter sehr verschiedene Wege gehen, um anderen Menschen von ihren Ideen, ihrer Kritik an bestehenden Umständen und ihren Wünschen und Alternativvorschlägen zu berichten. Meistens werden die Leute mit Diskussionen, Workshops, Konferenzen, Vorträgen und Filmen, welche meist ungewöhnliche Fragen aufwerfende Titel tragen, umworben.

Man hofft damit zumindest zu erreichen, dass wenigstens einige „schon mal was davon gehört“ haben; dass es beispielsweise auch Schulen ohne Zensuren gibt und sogar Leute, die behaupten, man würde sogar ohne eine Institution etwas lernen können. So wird ein Informationsminimum weitergetragen und es bleibt die Hoffnung, dass vielleicht einmal ein interessierter Mensch genauer recherchiert. Doch im Idealfall entsteht durch den Impuls „Andersdenkender“ ein Dialog und aus diesem ganz alltäglichen kleinen Interesse wird wieder ein sehr großer Gedanke, welcher im Laufe der Zeit unter günstigen

Umständen an vielen kleinen Orten großes bewirken kann. Dieser Gedanke ist wichtig, um sich nicht von scheinbaren „Misserfolgen“ (falls es sowas überhaupt gibt) entmutigen zu lassen.

Im alltäglichen Zusammenhang, „auf der Straße“ wollen einige Individuen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen anfangen, mit Leuten ins Gespräch zu kommen. Sie möchten mit gut vorbereiteten, kreativen, provokanten, verwirrenden Aktionen die Leute ins Gespräch ziehen und eine kleine Auseinandersetzung mit bestimmten Themen anschubsen. Dazu gehört, niemanden persönlich böse anzufinden, denn jeder hat das Recht auf seine Meinung, gerade deshalb muss eben mit Kritik gerechnet werden. Weil diese Kritik aber in der Realität kaum oder erschreckend indirekt – über Medien oder Filme – geschieht, wollen wir etwas Kritik direkt in den Alltag der Menschen impfen und eine Streitkultur entwickeln, die Leute statt zur Flucht oder Aggression zum sachlichen Nachdenken bringen kann. Um den Effekt „schon mal gehört“ zu erwirken, sind auch Informationen auf Papier (mit Adressen von Gruppen, Netzwerken, Vereinen, die sich mit dem Thema befassen) sehr praktisch, die man neugierig Schauenden in die Hand drücken kann. Ein weiteres Vorhaben ist, einen Aktionsreader in Papier und virtuell im Internet herauszubringen, der Tips und Tricks für eigene Aktionen zusammenfasst und von Jedem und Jeder erweitert werden kann.

Wir selber wollen ein offenes bundesweit agierendes Aktionsnetzwerk ohne Namen und feste Struktur bleiben. Theorien haben sich schon andere zu r Genüge ausgedacht und verbreiten sie. Eigene Büros

sind ein wahnsinniger Kostenfaktor. Offizielle „Verantwortliche“ hemmen unserer Ansicht nach die Heterogenität (Vielfalt) und Horizontalität des nicht-hierarchischen Organisationsanspruches. Jede und Jeder ist in erster Linie für sich selbst verantwortlich. Die einzelnen Menschen treffen sich, um ergebnisorientiert einzelne Aktionen bzw. Projekte vorzubereiten. Die ganze Sache setzt voraus, dass sich an diesen Aktionen Leute beteiligen, die schon ein gewisses Grundwissen über grundlegende Schulkritik und Alternativen, (auch über Montessori) angesammelt haben und auch Wissen weitergeben können, wohin man sich mit welchen Fragen wenden kann. Was mensch noch nicht weiß, kann er und sie aber immernoch lernen.

Ein Aktionsnetzwerk besteht aus Menschen, die sich kennen, sich vertrauen und sich treffen, um zusammen einzelne Aktionen vorzubereiten. Wir wollen versuchen, so gut es geht, ohne großen Aufwand von finanziellen Mitteln auszukommen. Wir hoffen sehr auf Sachspenden, die uns Leute für Aktionen bereit stellen wollen. Geplant ist es, einen Reader mit einer Sammlung von schulkritischen Aktionsideen zu drucken und zu verbreiten, gerade dafür benötigen wir noch einiges an Sachmitteln.

Sabine

Wer im Text Informationen über **Schulkritik** vermisst, dem seien einige **Internet-Links** empfohlen:

www.raetzae.de

www.bvnl.de

www.leben-ohne-schule.de

<http://www.free.de/schwarze-katze/doku/kinder.html>

Nächstes Treffen:

Ab 1. Mai auf dem Culdt-Camp

(siehe S. 6)

Kontakt:

Bitte schreibt eine Mail an Sabine (salatmitessig@web.de) oder Phillip (zambango@yahoo.com), die teilen euch dann gerne Näheres mit.

Fortsetzung von Seite 1 „Status Quo Vadis“

sammensetzen und das diese immer noch „kostenlos“ studieren dürfen, auf den Rücken der Nichtakademiker, die das auch noch über ihre Steuern bezahlen. Dahinter verbirgt sich der Populismus, daß die arme ALDI- Kassiererin den karrieregeilen Advokatensohn finanziert, ohne irgendwie davon zu profitieren. Dabei werden aber Dinge vermengt, die zunächst nichts miteinander zu tun haben. Steuern muß schließlich jeder zahlen und eine gerechte Verteilung stellt sich auch über Studiengebühren nicht her. Über Steuern werden auch kulturelle Einrichtungen subventioniert bis hin zu Großbetrieben, und nicht nur der Bildungssektor. Um eine steuerliche Gerechtigkeit herstellen zu wollen, müsste man hingegen die stärkeren Kapitalinhaber höher belasten. Im nächsten Zug verteidigt Füller sein Modell vor den Studiengebührengegnern als „konstruktive“ Herangehensweise. Diese würden sich, so Füller, mit ihrem kategorischen Nein ins politische Off befördern und damit den derzeitigen Status Quo in der Universität zwangsweise beibehalten wollen. Damit versucht Füller, Studiengebühren als unaufhaltsame Entwicklung zu kennzeichnen, jegliche Gegnerschaft bleibt bestenfalls weltfremd. Nur wer sich Gebühren selber aufbürdet, dürfe in der Diskussion noch mitmachen, sei politisch tragbar und realistisch. Füller vergisst dabei, dass es gute Gründe gibt, Studiengebühren kategorisch abzulehnen, denn Studiengebühren und Gerechtigkeit schließen einander aus. Darüber kann auch das glorreiche TAZ-Modell nicht hinwegtäuschen. Es ist einfach keine Lösung, das Problem der Hochschulfinanzierung auf die Studenten abzuschieben, damit diese sich selbst ausnehmen. Die studentische Selbstbestimmung des Modells ist dabei zwar ein idealistischer Gedanke, vergisst aber, dass mit Studiengebühren, welcher Art auch immer, die Ökonomisierung der Hochschulen, auch im Zuge der Bologna-Reform, noch mehr zementiert wird. Damit sind die nach dem TAZ-Modell ach so selbstbestimmten Studenten plötzlich fremdbestimmt von der unsichtbaren Hand des Marktes. Wer letztlich entschei-

det, welche Arbeiten, Forschungen und Studiengänge ökonomisch rentabel sind, ist unerheblich. Im nächsten Zug werden die Hochschulen unterschiedlich hohe Studiengebühren erheben, um damit spezielle Zielgruppen anzulocken. Hochschulen mit höheren Gebühren werden von entsprechenden Studenten besucht, die sich diese auch leisten können. Es besteht die Gefahr, dass sich eine Hochschul Landschaft entwickelt, in der die Qualität des Studiums von den finanziellen Möglichkeiten der Studierenden abhängt. Diejenigen mit mehr Barem im Handgepäck, besuchen dann eine



Hochschule, die für das Mehr an Gebühr auch mehr Bildungsqualität bietet. Die so oft geforderte Eliteuniversität wäre dann – für die entsprechende Oberschicht – nicht mehr weit. Studiengebühren werden immer den Weg zum Studium blockieren, die Wahl des Faches sowie des ausführenden Berufes beeinflussen und die Freiräume für nicht Kapital bringende Forschung und Studiengänge einschränken. Die Losung, wenn man für Kindertagesstätten zahlt, muß man auch für die Universität zahlen, ist falsch. Kitas sollten genauso kostenfrei sein. Den Status Quo beizubehalten, ist gerade nicht das Ziel beim Protest gegen die Studiengebühren. Aber eine Bildung, die zur Ware Ausbildung mutiert, ist niemals der bessere Weg. Auch wenn Füller sein Modell als „sozial gerecht“ preist, ist es keine Alternative, sondern das Problem, nur anders aufgerollt. Aber gerade bei den verschiedenen Standpunkten im Streit um die Studiengebühren muß die Gegnerschaft ihre Kritik erörtern und sich nicht auf platte Pa-

rolen und Phrasen reduzieren (siehe jüngst die Leipziger Blutsauger-Rhetorik zur Antigebürendemonstration), um ein gesellschaftliches Bewußtsein bis hinein in die Familie zu schaffen. Aufgabe muß es daher sein, Populismen wie die Gleichsetzung von sozialer Gerechtigkeit mit Studiengebühren, argumentativ zu entlarven und breite Kampagnen für Kritik anzulegen.

Der Protest muß sich verstärken und breiter werden. Alternative Studiengebühren jedenfalls schaffen das Problem nicht aus der Welt.

Karotte

Was bisher geschah - was noch kommt

Am 26.1. fällt das Bundesverfassungsgericht sein historisches Urteil gegen das Studiengebührenverbot fürs Erststudium.¹ Daraufhin fanden bundesweit Vollversammlungen, Demos und Aktionen statt. Am 27.1. folgte an der Uni Leipzig eine nicht gerade kämpferische Vollversammlung von 1000 Studierenden statt. Aufgerufen wurde auch zur Demonstration gegen Studiengebühren in fünf Städten, an der bundesweit 20.000 und in Leipzig selbst 8000 Leute teilnahmen. In den Semesterferien selbst blieb es weitgehend ruhig. In München kam es am 18.3. zu einem Schulstreik und einer gemeinsamen Demonstration von SchülerInnen und Studierenden gegen Büchergeld und Studiengebühren.² Von einigen StudierendenvertreterInnen wurde ein heißer Sommer propagiert, so z.B. Aktionstage vom 2. bis 13.5. angekündigt. Am 2.4. trafen sich die Bildungssyndikate der FAU³ um die bundesweite Zusammenarbeit zu verstärken. Vom 22. bis 24.4. wird an der Universität Leipzig das zweite bundesweite Koordinierungstreffen gegen Studiengebühren stattfinden.⁴ Der heiße Sommer muß sich jedoch erst noch zeigen!

KFM

(1) www.fau.org/artikel/art_050126-141511

(2) www.kostenlose-bildung.de

(3) www.fau.org/syndikate/bsy2

(4) www.stura.uni-leipzig.de

Erziehung zum Manne

Burschenschaften, Landsmannschaften, Corps und jede Art von Korporierten werden immer noch in vielerlei Hinsicht ideologisch unterschätzt. Es ist zwar relativ bekannt, dass viele Vertreter ihrer Art mit rechtsextremen Haltungen sympathisieren bis hin zum Austausch mit faschistischen Gruppen, genauso ihre elitäre Abgrenzung verbunden mit Vetternwirtschaftlerei und den ausgeprägten Sexismus, trotzdem genießen sie - und das nicht nur in konservativen Kreisen - eine unreflektierte gesellschaftliche Akzeptanz. Das wird oft damit begründet, dass es viele unter ihnen gäbe, die sich „liberal“ äußern mit den Hinweis, dass man die verschiedenen Studentenverbindungen nicht als eine homogene Masse begreifen könne. Es ist nicht abzustreiten, dass es bezüglich der einzelnen Weltanschauungen Differenzen gibt (auch wenn sich die Spanne in fast allen Fällen nur zwischen rechts-extrem und konservativ bewegt) und dass es selbst so- genannte „alternati-ve“ Burschenschaften gibt, die „sogar“ Frauen aufnehmen; ihre gemeinsamen Grundprinzipien und der damit verbundene Zwangscharakter jedoch, was alle Formen von Verbindungswesen teilen, wird sehr gerne übersehen oder sogar heimlich bewundert. Studentische Korporationen teilen alle eine militärisch hierarchische Grundnorm sowie einen erzieherischen Anspruch. Der Einzelne hat sich seiner Aufgaben - die ihm meist vom nächst höheren zugeteilt werden- sowie der eigenen Verbindung bedingungslos zu unterwerfen. Die Gemeinschaft die sich zuallererst über elitäre Abgrenzung definiert, hat die Aufgabe, den Einzelnen nach einer entsprechenden Norm zu formen. Dies gelingt über eine Fülle verschiedenster Rituale und Konventionen.

Ein zentrales Element bei schlagenden Verbindungen ist die Mensur, ein ritualisierter Degenkampf, der die Aufgabe hat, dass die Kämpfenden sich selbst überwinden. Die beiden Kontrahenten dürfen während des Kampfes ihre Positionen nicht verändern um abwechselnd aufeinander einzuschlagen. Sollte einer von beiden rückwärts ausweichen, bekommt er eine Strafe die in den meisten Fällen ein Freischlag (also ein Schlag bei dem der Gegner nicht parieren darf) für den anderen bedeutet. Der ganze Vorgang ist nicht nur ein krudes Männerspiel, es dient auch der Charakterdisziplinierung. Der

Einzelne, dem die Aufgabe obliegt sich selbst zu überwinden, zwingt sich zum Kriegsspiel, indem er natürliche Ängste in erster Linie verdrängt und somit sich total dem kollektiven Diktat der soldatischen Tugend unterwirft, sie quasi lieben lernt. Die Mensur bindet das noch junge Mitglied an die Fraktion und wird ihr Soldat. In den verschiedenen, schlagenden Verbindun-



gen muss jeder mindestens einmal die sogenannte Bestimmungsmensur gefochten haben um Mitglied zu werden. Längst überholte Männerromantik vom harten, pflichtbewussten und bedingungslos loyalen preußischen Männchen blüht bei ihr wieder auf. Indem Ängste einfach wegdividiert oder ihre Ursachen unreflektiert gelassen werden, bietet die durchdisziplinierte Gemeinschaft das Gefühl der Sicherheit und den festen Glauben daran, dass jeder Erfolg nur ihr zu verdanken ist. Ein weiteres Beispiel für die ständige kämpferische Auseinandersetzung sowie gezielte Disziplinierung innerhalb von Studentenbünden sind die „Trinkspiele“. Diese sind nicht als gesellige Partyunterstützer zu betrachten, sondern dienen oft als Ersatz für Zucht und Mannbarkeitsbestimmung. Trinkrituale werden zum einen als Strafe der Gruppe gegenüber dem Einzelnen verwendet, der die engen Regeln und Konventionen übertreten hat, zum anderen sind sie Duellersatz zwischen zwei Mitgliedern. Trinken als Strafe findet sich bei der so genannten „Kneipe“ wieder, eine geschlossener verbindungsinternen „Feierlichkeit“. Während des „öffentlichen“ Teils dürfen die einzelnen Mitglieder nicht vom Tisch aufstehen (auch nicht um einfach banal auf die Toilette zu gehen). Bricht ein Teilnehmer jedoch die strenge Regel muss er öffentlich zur „Belehrung“ Zwangst-

rinken. Bei solchen Ritualen wird ein Schwächerer gekürt und seine angebliche Schwäche öffentlich diffamiert. Es fordert gleichzeitig alle anderen Anwesenden dazu auf bloß keine Schwäche zu zeigen. Das Trinken als Duell ist Mittel der männlichen Auseinandersetzung und verliert die Unschuld des schlicht Geselligen. Das ständige Kampftrinken ist ebenso Grundlage bei der Auseinandersetzung mit anderen Verbindungen, wo militärisch stramm und im Gleichschritt Marsch „Staffetten“ gegeneinander getrunken werden. Das Individuum ist ständig einem Druck zur Profilierung ausgesetzt, damit es sich immer aufs neue „selbstüberwinden“, sprich Ängste verdrängen muss um nicht als Verlierer (und damit als nicht profund „männlich“) dazustehen. Indem sich der gemeinschaftliche Rahmen in Verbindungen durch Disziplinierung, Unterwerfung unter eine Autorität und ewige Auseinandersetzung charakterisiert, wird der Einzelne unter Druck gehalten und formbar zum sexistischen, nationaltreuen und Autorität heuchelnden Ellenbogentypus. Im Selbstbild der korporierten Erziehung wird das als Prozess zur Entwicklung von Verantwortlichkeit stilisiert. Der Einzelne hat sich autoritärer Strukturen anzupassen, was schon in der Verbindlichkeit zur einheitlichen Kleidung zum Ausdruck kommt. Das Verbindungs(un)wesen vermittelt ein Weltbild, was sich auf Ellenbogenmentalität bis hin zum Recht des stärkeren versteht. Insofern sind die Verbindungen von Burschenschaften zur extremen Rechten kein Zufall und keine Ausnahme und eben darum nicht zu ignorieren.

Verbindungen starten gerade zu Anfang des Semesters vielerlei Werbeveranstaltung in Form von Info-Ständen, Parties oder günstige Wohnangebote um neue Mitglieder zu rekrutieren.

Burschenschaften der Deutschen Burschenschaft (ein burschenschaftlicher Dachverband) treffen sich ebenso alljährlich zu ihrem Burschen- und Altherrentag. Die Versammlung findet in der Zeit vom 18-22. Mai statt. Jeder ist aufgerufen das nationalistische Fanengeschwenke zu stören und sich kritisch mit dem im selben Rahmen stattfindenden Vorträgen und Veranstaltungen auseinanderzusetzen.

Die radikalen Wurzeln des Ersten Mai

Was heute als „Tag der Arbeit“ bekannt ist, wurde 1889 von der neu gegründeten Zweiten Internationale als „Kampftag der Arbeiterklasse“ ausgerufen. Die Internationale, die soeben den libertären Flügel ausgeschlossen hatte, machte sich damit eine Forderung der amerikanischen ArbeiterInnen zu eigen: den Achtstundentag. Ironischerweise konnte gerade die anarchistische Strömung in Chicago, dem Zentrum der Achtstunden-Mobilisierung, einen starken Einfluss auf die ArbeiterInnenbewegung ausüben. Heute würde das wohl als „internationaler Aktionstag“ ausgerufen werden – eine Aktionsform, die in den vergangenen Jahren wieder belebt wurde (vgl. *Feierabend!* #3). Die zentrale Forderung „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht Stunden, was wir wollen!“ war 1856 erstmals in Australien aufgekommen, und fand direkt nach dem US-amerikanischen Bürgerkrieg (1865) auch unter den ArbeiterInnen der „neuen Welt“ großen Anklang.

Zu dieser Zeit setzte eine Modernisierungswelle im amerikanischen Wirtschaftsleben: der Schwerpunkt verlagerte sich vom handwerklichen und agrarischen Sektor zur Großindustrie. Am Anfang des Wirtschaftswunders hatte der Krieg gestanden: Subventionen, Schutzzölle und Staatsaufträge. Chicago, die „weiße Stadt“ im Norden des Landes, war schon Mitte des 19. Jahrhunderts ein ökonomischer Knotenpunkt gewesen: der zentrale Umschlagplatz für Mais und Weizen, Sammelplatz für Schlachtvieh und Bauholz. Weiterhin entwickelte sich in Chicago die Stahlindustrie, die in der Waggonfabrik Pullman und der Erntemaschinenfabrik McCormick verkörpert war. Beschleunigt wurde die Modernisierung der Stadt auch durch den Großbrand von 1871, der binnen drei Tagen die Innenstadt verwüstete. In den folgenden zwei Jahren herrschte Arbeitskräftemangel, was die Position der ArbeiterInnen stärkte. Doch 1873 brach auch hier die erste Wirtschaftskrise der USA ein, die – verstärkt durch die Krise in Europa – zu massiver Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit und einer Senkung des Lohnniveaus um 20 Prozent (1873-

79) führte. Noch im selben Jahr erlebte Chicago eine erste große Arbeitslosendemonstration. Die Polizei knüppelte die 20.000 TeilnehmerInnen auseinander, an den Folgen der Schläge starben zwei Menschen. Von der landesweiten Krise besonders betroffen waren auch die ArbeiterInnen der Eisenbahngesellschaften, letztere hatten seit 1873 die Löhne durchschnittlich um 25 Prozent gesenkt. Als im Juni 1877 weitere Lohnkürzungen angekündigt wurden, begannen im Osten des Landes Streiks, die sich zu einem Generalstreik gegen Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit ausweiteten. Gegen die Eisenbahner wurden Bundestruppen und die Nationalgarde eingesetzt: 13 Streikende wurden getötet. In Chicago wurde der Streik Ende Juli im Blut von 24 Toten und mehr als 200 Schwerverletzten erstickt. Im Jahr darauf schenkte die Industriellenvereinigung *Citizens' Association* der Stadtverwaltung zwei Maschinengewehre!

In dieser gesellschaftlichen Situation kam es 1880 in der Sozialistischen Arbeiterpartei zu Auseinandersetzungen über die Legitimität der bewaffneten Arbeitermilizen, die jüngst verboten worden waren. Die Revolutionäre lehnten den Wahlkampf aus taktischen Gründen zwar nicht ab, bot sich darin doch eine gute Gelegenheit, ihre Ideen zu verbreiten; sie waren jedoch von der Notwendigkeit bewaffneter Organe überzeugt. Die „Propaganda der Tat“ verstanden sie jedoch nicht als politisches Attentat, sondern als bewaffneten Massenaufstand. Auf einem Kongress, in Pittsburgh 1883, fanden sich Delegierte aus 26 Städten zusammen und gründeten die International Working Peoples' Association (IWPA), die die gewerkschaftliche Organisation in ihr Revolutionsmodell einbezog: Nach der Zerschlagung des Kapitalismus sollten die auf lokaler und regionaler Ebene existierenden Gewerkschaften die Keimzellen einer neuen Gesellschaft bilden, die eine staatliche Struktur nicht mehr kennen sollte. Dieses Sozialismusverständnis war einerseits von Marx' Analyse der ökonomischen Verhältnisse geprägt, andererseits wurde eine geistig-moralische und kulturelle Revolution in ih-

rer Bedeutung der Umwälzung der Besitzverhältnisse gleichgestellt.

Dass die IWPA in ihrer Radikalität großen Zuspruch erhielt, lag zum einen daran, dass die Revolutionäre ihre Vorstellungen nicht dogmatisch verfolgten, sondern durchaus bereit waren, auch aktuelle Tagesforderungen – z.B. den Achtstundentag – zu unterstützen. Zum anderen war die blutige Repression seitens des Staates und der Arbeitgeber fast alltäglich, und doch war die kollektive Aktion unvermeidlich. Denn wenn auch der Achtstundentag gesetzlich verankert war, bedeutete das noch lange nicht, dass er auch durchgesetzt wäre. Für immerhin 40.000 ArbeiterInnen war die Arbeitszeit schon auf einen dritten Teil des Tages reduziert worden – nun hieß es: alle oder keiner. Vom ersten Mai an sollte der Achtstundentag überall *durchgesetzt* werden. August Spies, Chefredakteur der einzigen sozialrevolutionären Tageszeitung, der deutschsprachigen „Arbeiter-Zeitung“, betonte als Redner auf der 80.000er Demo: „Ja, zwanzigtausend organisierte, bewusste und entschlossene Lohnarbeiter sind ein schwerwiegenderes Argument als die allerlogischsten und schönsten ökonomischen Beweisführungen.“ In der Folge kam es, wie schon 1867 im Rahmen der ersten Acht-Stunden-Kampagne, zu einem Generalstreik.

Nach einem Angriff der Polizei am 3.5.1886 auf die Streikposten der McCormick-ArbeiterInnen waren wieder zwei Tote zu beklagen. Die am folgenden abgehaltene Protestversammlung auf dem Haymarket, bzw. der Polizeieinsatz dort, wurde zum Ausgangspunkt dramatischer Ereignisse: das erste Bombenattentat der US-Geschichte tötete einen Polizisten, sechs weitere starben im Kugelhagel ihrer Kollegen. Daraufhin initiierte die Polizei Razzien und Massenverhaftungen im revolutionären Milieu. Die Staatsanwaltschaft erhob Klage gegen acht Wortführer, und wollte damit der sich formierenden ArbeiterInnenbewegung ein für allemal den Garaus machen – mit vier Hinrichtungen, einem Selbstmord und dreimal 7 Jahren Haft. A.E.

...Fortsetzung von Seite 1 „Bürgerliche Trauerspiele und Frühlingserwachen“



abgesagt worden ist, erhöht sich die potentielle Zahl der Nazis, die nach Leipzig kommen könnten, erheblich. In Berlin wird zumindest am 1. Mai nichts los sein, wo im letzten Jahr ca. 3500 Nazis marschierten. Entgegen den Vermutungen Worchs wird es am 30. April und am 1. Mai auch keine traditionellen linksradikalen Aktivitäten geben, was auch auf anreisende Unterstützung gegen den Nazimob hoffen lässt.

Um einen Kontext zum Lokaltermin zu liefern, sollen folgend Beobachtungen zu den Auftritten von Nazis, BürgerInnen und Antifa am 13. Februar 05 in Dresden Inspirationen für zentrale und dezentrale Konzepte in Leipzig und Berlin geben. Dass die Mai-Aktionen sich in ihren Möglichkeiten hoffentlich von Dresden unterscheiden, ist klar, inwieweit sie dann auch richtungsweisend für Berlin werden, wird sich zeigen.

Die braune Flut

60 Jahre nach der Bombennacht war in Dresden dicke Luft angesichts eines der, wenn nicht sogar des größten Nazi-Aufmarsches nach 1945. Aus ganz (Groß-) Deutschland angekartete Nazis und Neonazis marschierten, ihren regionalen „Gau“ repräsentierend, mit aufgesetzter Trauermiene zu Wagner oder Orff, bestückt mit Transparentensprüchen wie: „Wir trauern um 200 000 Opfer des Bombenholocaust in Dresden“ oder auch „Unsere Rache wird kommen!“. Sogar das antifaschistische Motto „kein Vergeben – kein Vergessen“ war angestrengt worden, den Blick auf die Geschichte zu manipulieren, ja, Opfer zu Tätern und Täter zu

Opfern zu machen. Die politische Kultur der Erinnerung an das Kriegsgeschehen in den Grenzen des Dritten Reiches beschäftigt hingegen nicht nur in Dresden und Berlin (siehe im Anschluss) und nicht nur die PolitikerInnen. Am 13. Februar gab es durchaus unterschiedliche Motive und Grade der Volkstrauer:

„Dresden wolln sie schonen, in Dresden wolln sie wohnen!“

Vorab: Weder der Sinn militärischer Strategien, weder das sich hartnäckig halten den Propagandakonstrukt aus Reichszeiten von Dresden als infrastrukturell unwichtiger Kulturstadt, noch wilde Zahlendreher (bezüglich der ca. 30 000 Menschen, die in der Nacht vom 13. Februar 1945 durch die Bombardierungen starben) sollten Gegenstand einer erinnerungspolitischen Auseinandersetzung sein. Dies lenkt ab vom eigentlichen Kontext: dem deutschen Nationalsozialismus und dessen Bekämpfung damals, aber auch heute. Ohne die Erinnerung an Shoah, Holocaust und deutsche Kriegsführung wird jede Trauermine zur Farce, denn die Bombardierung Dresdens diente vielleicht auch einer Demoralisierung der Bevölkerung, war letztlich aber „nur“ ein weiterer, notwendig gewordener Schritt, um den Faschismus zu stoppen und den Krieg zu beenden.

Für den Frieden und um die Opfer trauernd verlief dann auch eine Demo mit tausenden BesucherInnen, zwar lange Zeit nach dem Nazi-Aufmarsch und überhaupt ganz woanders, aber wenigstens mit weißer Rose im Knopfloch. Genau dieses pseudo-couragierte Verhalten muss weiterhin stärker öffentlich aufgezeigt und kritisiert werden, dabei stehen alle Seiten in Verantwortung.

Aktionspotentiale

Antifa-Gruppen hatten zu einer ganztägigen Kundgebung an der Synagoge als einzigem linksradikalen Anlaufpunkt eingeladen, von wo aus kleine Gruppen immer wieder versuchten, sich dem Aufmarsch entgegen zu stellen. Die genaue Route der Nazis blieb bis zuletzt unbekannt und das Polizeiaufgebot war reich bestellt, deshalb

blieb die einzig mögliche dezentrale Aktivität zumeist, sich von den Vorbeiziehenden ablichten zu lassen und neben wahlweise israelischer, us-amerikanischer oder sowjetischer Fahne seinen Unmut zu äußern. Sogar zu Stoßgebeten à la „Bomber-Harris-Do-it-again!“ ließen sich einige herab, deren offensichtliche Verzweiflung leider keine Grenzen kannte.

Die deutlichen Untertreibungen der Massenmedien, was die Zahl der Marschierenden anging, aber vor allem die alte Leier von den friedlichen und den bösen DemonstrantInnen, welche eben ganz links und ganz rechts ihr Unwesen treiben, konnten einem dann auch noch die herangezogene Nacht mit schlechtem TV-Programm versauen und ich fragte mich, ob ich nicht doch ein paar Tränen über die Deutschen vergießen sollte.

Mayday - zusammen kämpfen?!

Nach diesen, aber auch nach den erfreulichen Oktober-Erfahrungen ist es nun noch verständlicher, dass Vorbereitungen zur Verhinderung eines Nazi-Aufmarsches am 1. Mai in Leipzig weite Kreise ziehen:

„Vorbereitungsbündnis 1. Mai“

Verschiedene leipziger Antifa-Gruppen mobilisieren bundesweit zu **Dezentralen Aktionen ab 12 Uhr um den Hauptbahnhof**. Ab 13 Uhr wird Radio Blau wieder live senden, das Infotelefon (0341/3081199 oder 3068235) bietet weitere aktuelle Infos zu den Entwicklungen. Außer den antifaschistischen kommen eigene Inhalte durch dieses Bündnis jedoch nicht unbedingt zur Sprache, dafür wird am Vorabend ab 17 Uhr am Connewitzer Kreuz antifaschistisch gerockt: „Leipzig zeigt Courage, wir zeigen die Zähne!“, auf **DEM Alternativkonzert** zum traditionellen Courage-Pop am Völkerschladtsdenkmal.

Selbiges wird von der DGB-Jugend unterstützt, die an dem Wochenende ein „antifaschistisches Jugendcamp“ hinterm DGB-Haus und auf dem Augustusplatz (wo auch der DGB wie jedes Jahr um 11

zu Wurst und ähnlichem lädt) ab **14 Uhr** ein Programm auf der Hauptbühne plant. Übrigens öffnet das Volkshaus bzw. der DGB 13:30 Uhr seine Pforten für eine **Wanderausstellung zur Arbeits- und Sozialgeschichte des Nationalsozialismus**, ab **14 Uhr** gibt's ne Disko mit leiblicher Verpflegung auf der Wiese und Strasse **vorm** Haus.

„Bündnis 1. Mai“

Ein weiteres Bündnis ruft zu einem linken, kämpferischen Block auf der traditionellen Mai-Demonstration, angemeldet durch die IG Metall Leipzig, auf, die **10 Uhr vom Connewitzer Kreuz** zum Augustusplatz führt, um den Nazis an diesem Tag auch inhaltlich keinen Fußbreit zu lassen. Gruppen und Einzelne mit sozial-revolutionärem Anspruch wollen unter folgendem Motto für eine große Demo im Rahmen der Dezentralen Aktionen mobilisieren: **„Solidarität gegen die herrschenden Zustände-Nazis und Sozialabbau bekämpfen!“**

Synergisch vorgehen!

Die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen von Lohnabhängigen und nicht „Verwertbaren“ lässt weite Teile der Bevölkerung resignieren, womit die NPD eine ideale Basis für ihre Propaganda als angebliche soziale Alternative erhält. Einer weiteren Spaltung der Betroffenen durch antisemitische, rassistische und andere Diskriminierungen, ob nun in der Sündenbock-Rhetorik der NPD und ihrer Wählerschaft oder indirekt in staatlichem und unternehmerischen Handeln enthalten, muss gerade am 1. Mai die Kraft solidarischen Widerstandes entgegen gesetzt werden. Weder verzweifelte Rufe nach Arbeit, noch nach führenden Kräften und nach „Volk und Heimat“ können als Forderungen akzeptiert werden. Vielmehr sollte der „Kampftag“ mit anti-nationalistischen, kapitalismuskritischen und emanzipativen Inhalten den Menschen Alternativen eröffnen, für ein bedürfnisorientiertes Wirtschaftssystem und für die Abschaffung bzw. Überwindung herrschaftlicher und faschistischer Interessen.

Wenn Antifa auch Angriff und Kampf um Ganze heißt, sollte sich doch spätestens da aktive Linksradi-kale über Ideen und Ziele unterhalten können. Eigentlich reicht aber schon der Fakt, dass Nazis in allen Schichten auf dem Vormarsch sind. Der NPD muss die fingierte Rächerrolle im Kampf um den Sozialabbau und der bürgerlichen Pseudo-Demokratie die Plausibilität genommen werden. Meinungsverschiedenheiten sind essentiell, aber verhindern noch lange

**KAMPF DEM FASCHISMUS
AUCH IN DEINEM KOPF!**



keinen Nazi-aufmarsch und sind auch für die meisten Menschen nicht gerade die emanzipatorischen Impulse, die sie vielleicht brauchen.

Obligatorisch-optimistisch betrachtet wird also am 1. Mai '05 nicht ausgeschlafen. Laßt uns an diesem Tag den Nazis entgegen und für Kommunismus eintreten - symbolisch, konkret und bewußt. In jedem Falle wird es aber damit nicht getan sein – get organized* *clara*

„Spasibo-Bündnisaufruf“ nach Berlin:



Tag der Befreiung:

Kein Naziaufmarsch am 8. Mai!

Gegen Faschismus, Militarisierung und deutsche Opfermythen

Vor 60 Jahren, am 8. Mai 1945, musste das militärisch geschlagene Deutschland bedingungslos vor den Alliierten kapitulieren. An diesem Tag wurde die Welt vom Nationalsozialismus, der vom Großteil der Deutschen getragen wurde, befreit. Die Ära der nationalsozialistischen Barbarei fand ein Ende, die ihren Ausdruck in Rassenwahn, Krieg, der Deportation und Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen, der Roma und Sinti und all der anderen Menschen, die nicht ins Weltbild der Nazi-Ideologie passten, fand. Der Tag der Befreiung ist daher ein Grund zur Freude, an dem wir aber auch daran erinnern wollen, wer die Verantwortung trägt an Krieg und Vernichtung und wem wir die Befreiung zu verdanken haben.

Der deutsche Faschismus bestimmt auch heute noch den erinnerungspolitischen Diskurs in der BRD. Von Angela Merkel, die von einer „immer währenden Verantwortung, die wir als Nation angesichts der Schrecken des Nationalsozialismus für die Zukunft tragen“ spricht, bis zu Gerhard Schröder, dem „die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus eine bleibende Verpflichtung“ ist, ist der Begriff der „Verantwortung“ als Beschreibung des Verhältnisses der Deutschen zu ihrer Vergangenheit inzwischen konsensfähig. Bundespräsident Horst Köhler betonte in seiner Ansprache vor der israelischen Knesset sogar, dass „die Verantwort-

next:

26 April, 19 Uhr
„Mayday-Nazis überall! Warum nationale Demokratien antidemokratische Nationalisten hervorbringen“

Hörsaal 14, Hörsaalgebäude der Uni
1. Mai-Mobilisierungsveranstaltung der **LinkenStudentInnenGruppe**

27 April, 18 Uhr
Das Demo-„Ein mal Eins“ und letzte Infos vom EA Leipzig

Conne Island (Koburger Str. 3)
Eine Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Reihe „Antifa rockt!“
Achtung: Diese Veranstaltung richtet sich an Jugendliche!

EA (Ermittlungsausschuß)
Conne Island **Jugendcafé**

...Tag der Befreiung

tung für die Shoah“ ein „Teil der deutschen Identität“ sei. Dieser vermeintlich antifaschistischen Rhetorik erwachsen jedoch keine ihr entsprechenden Handlungen, darüber kann auch das Mahnmal für die ermordeten Juden und Jüdinnen im Herzen Berlins nicht hinweg täuschen. Aufgrund der konsequenzlosen und inflationären Verwendung wird „Verantwortung“ zu einem Begriff ohne Inhalt, welcher beliebig gefüllt und instrumentalisiert werden kann. Spätestens seit 1999 kennzeichnet deshalb nicht Verdrängung, sondern die opportune Nutzung der nationalsozialistischen Vergangenheit den Umgang mit der eigenen Geschichte. So wurde die aktive Kriegsunterstützung Deutschlands im NATO-Krieg gegen Jugoslawien mit der Erinnerung an die Shoah legitimiert. Außenminister Joschka Fischer begründete nicht trotz, sondern wegen Auschwitz den ersten aktiven Auslandseinsatz der Bundeswehr. Seither gehört es zur außenpolitischen Normalität, dass deutsche Interessen wieder militärisch durchgesetzt werden können.

Wir positionieren uns entschieden gegen die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und die Instrumentalisierung der Erinnerung an die Shoah. Wir fordern die sofortige Auflösung aller deutschen Truppenverbände.

Nicht nur in der Außenpolitik zeigt sich, was die politische Gemeinschaft Deutschlands unter historischer Pflicht versteht. So dauerte es 55 Jahre bis im Juli 2000 ein Abkommen über die Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen unterzeichnet werden konnte, und auch dies nur durch ständige Proteste der Opferverbände und wiederholten Druck aus dem Ausland. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits etliche ehemalige ZwangsarbeiterInnen verstorben. Und selbst heute noch laufen die Auszahlungen der vom Bundestag eingerichteten Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

schleppend bis gar nicht. Zudem wurden ganze Opfergruppen aus den Entschädigungszahlungen ausgeschlossen. Hervorzuheben ist hierbei die International Organisation for Migration (IOM), die für die Bearbeitung der Anträge nicht-jüdischer und nicht in Osteuropa lebender, ehemaliger ZwangsarbeiterInnen beauftragt wurde. Die IOM, deren eigentliches Arbeitsfeld das Leiten von Internierungslagern für Flüchtlinge und deren Abschiebung ist, lehnte alle Anträge der italienischen ZwangsarbeiterInnen ab, die nach der Kapitulation Italiens als Militärinternierte verschleppt und zur Sklavensarbeit gezwungen wurden. Diese inakzeptablen Aufspaltung in diese, welche genug gelitten, und jene, die anscheinend nicht genug gelitten haben, um finanziell entschädigt zu werden, demütigt die Opfer erneut.

Tausende deutsche Unternehmen haben während des zweiten Weltkriegs aus der industriellen Vernichtung Kapital geschlagen, Kapital das durch „Arisierungen“ und die Ausbeutung von Arbeitskraft zustande kam und später maßgeblich zum Aufbau der BRD verwendet wurde. Wird bedacht, dass mehr als 14 Millionen Menschen durchschnittlich etwa 1,5 Jahre zur Arbeit gezwungen wurden, dann erscheinen die etwa 5 Milliarden Euro Stiftungsvermögen schon fast lächerlich. Sie dienen der Rechtssicherheit für die Unternehmen, sich für alle Zeit der Ansprüche entledigt zu haben. Im Mai 2001 interpretierte Bundeskanzler Schröder dies wohlwollend als „Schlussstrich“.

Wir haben nicht vergessen, wie aus der industriellen Vernichtung Kapital geschlagen wurde und fordern die vollständige und bedingungslose finanzielle Entschädigung aller NS-ZwangsarbeiterInnen. Weiterhin fordern wir die Enteignung aller NS-Profiteure.

Ein würdiges Gedenken an die Opfer und die Gegner der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie muss auch noch heute den Widerstand gegen geschichts-

revisionistische Tendenzen beinhalten. Neben Schlussstrichdebatten und der Instrumentalisierung der Erinnerung an die Shoah zählen hierzu auch Debatten, in denen die Täter zu Opfern oder die Opfer zu Tätern gemacht werden. Ob als Leidtragende der Umsiedlungen oder der Bombardierung deutscher Städte - das Bedürfnis, die nationalsozialistische Geschichte aus einer anderen als der Täterperspektive zu betrachten, ist groß. So denken beispielsweise in Dresden alljährlich Zehntausende den deutschen Opfern der alliierten Luftschläge. Ausgeblendet wird, wer für den Krieg verantwortlich war und von welcher überwältigenden Mehrheit der Faschismus akzeptiert und getragen wurde. Mit der Stilisierung der Deutschen zu Opfern geht die Dämonisierung der Befreier einher. Anknüpfend an anti-kommunistische Ressentiments fallen Debatten über „den Schrecken und das Leid der (deutschen) Bevölkerung, welche die Rote Armee von Ostpreußen bis nach Berlin zu verantworten“ habe, auf fruchtbaren Boden. Dabei war es die UdSSR, die die Hauptlast im Kampf um die Befreiung der Welt vom deutschen Faschismus zu tragen hatte. Es waren die Menschen aus der UdSSR, deren Städte und Dörfer von der Nazi-Wehrmacht zerstört, die ihrer Lebensgrundlage beraubt und in einen Krieg verwickelt wurden, der ihnen aufgezwungen war. Zwanzig Millionen von ihnen fielen den Deutschen zum Opfer. Es darf nie vergessen werden, dass es die Rote Armee, die Partisanen und Saboteure waren, die den Angriff der Nazi-Wehrmacht abwehrten und Deutschland maßgeblich zur Kapitulation zwangen.

Am 60. Jahrestag der Befreiung danken wir daher insbesondere der Roten Armee, den Partisanen und WiderstandskämpferInnen, deren Einsatz gegen die Nazi-Tyrannie oftmals klein geredet und verleumdet wird.

Es verwundert kaum, dass im Zuge erinnerungspolitisch relevanter Daten auch Neonazis Geschichte in ihrem Sinn

umdeuten wollen. Besonders ärgerlich für die Protagonisten bundesrepublikanischer Erinnerungspolitik ist das immer dann, wenn dadurch Bilder produziert werden, die um die Welt gehen und die BRD in einem schlechten Licht stehen lassen. So geschehen im Februar in Dresden, als sich 5.000 Nazis inhaltlich in den Kontext der offiziellen Gedenkveranstaltungen stellten, indem sie „zu Ehren der Opfer des alliierten Bombenangriffs“ durch die Stadt marschierten. Am 8. Mai wollen Neonazis durch Berlin marschieren. Ursprünglich geplant war eine Route vorbei am Mahnmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Juden und Jüdinnen und durch das Brandenburger Tor. Dazu wird es nicht kommen, obwohl der Aufmarsch vermutlich nicht verboten wird. Eilig wurde debattiert das Straf- und Versammlungsrecht zu verschärfen und Vorbereitungen für einen Staatsakt im Bundestag liefen an, welcher auf Leinwände am Brandenburger Tor übertragen werden soll – letztlich nur zur Verteidigung des nationalen Symbols. Eine derartige Symptombekämpfung und den staatlich inszenierten Kampf um nationale Symbole lehnen wir genauso ab wie die mit Gesetzesverschärfungen praktizierten autoritären Methoden. Denn die Ursachen für die Entwicklung eines faschistischen Weltbildes bleiben ausgeblendet und auch der Notwendigkeit des permanenten Widerstands gegen Neonazis wird diese Inszenierung nicht gerecht.

Wir rufen alle auf, sich nicht für die Regierungsinszenierung herzugeben und mit uns am 8. Mai zu demonstrieren: für das Andenken an die Opfer des Faschismus, gegen Militarisierung und deutsche Opfermythen. Lasst uns gemeinsam den Neonaziaufmarsch verhindern!

*Aktionsbündnis Spasibo
im März 2005*

**8. Mai – Demonstration in Berlin
08.05.2005 / 10:00 Uhr / Bertolt-Brecht-Platz (am S-Bahnhof Friedrichstraße)
www.8-mai.antifaschistische-aktion.com**

Pelz ist mehr!



Am Samstag den 12.3.05 fand die jährliche Demo gegen die Pelzmesse „Fur & Fashion“ in Frankfurt/Main statt. Hier präsentierte sich die „Pelzindustrie“, die davon lebt, das Tier zum bloßen Ding, zum „Pelz“ zu degradieren, dessen einzige Lebensberechtigung der wirtschaftliche Nutzen ist. Dieser „weiche“ Begriff bagatellisiert sowohl das Leid und den Schmerz der Tiere wie auch Eitelkeit und Prestige-Bedürfnisse der „TrägerIn“.

Die Veranstalter der Messe ließen sich von der stetig sinkenden Zahl von Ausstellern auf der „Fur & Fashion“ und dem Ausstieg verschiedener Konzerne, beispielsweise Quelle, C&A und Karstadt aus dem Pelzverkauf, nicht beeindrucken.

An der Demo beteiligten sich ca. 200-300 Menschen. Ebenso fiel die starke Polizeipräsenz auf. Seltsam auch, dass sich beinahe jede/r Teilnehmer/in einer Taschenkontrolle unterziehen musste. Den ersten Halt machte die Demo vor dem Pelz-Geschäft „Pelz Türpitz“, wo es erstmals zu Rangeleien kam und ein Straßentheater eine Tierhäutung „zeigte“. Vor den Läden „Appelrath

Cüpper“ und „Peek und Cloppenburg“ heizte sich die Stimmung zwischen

DemonstrantInnen und Polizisten bzw. Security-Männern auf, die „Peek und Cloppenburg“ scheinbar extra angeheuert hatte und vor die Reihen der Polizei stellte. Es gab erneut Rangeleien, ein paar Tritte und Knüppelhiebe. Bei der Abschlusskundgebung

wurden 50.000 (!) Unterschriften gegen den Pelzhandel bei „Peek und Cloppenburg“ entrollt. Nach der Demo hielten 60-70 Leute vor der Messe eine Mahnwache, die ohne Zwischenfälle ablief. Am Abend gab es das Antipelz-Fest im „Exil“ mit Live Musik von Chaoze One, Albino, madcap (die auch die Demo musikalisch begleiteten), sowie einem Drum'n'Bass DJ und leckerem veganem Essen.

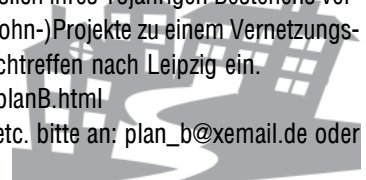
„Pelztier“-Farmen sind allesamt grausame Orte. Dies war zu keiner Zeit anders.

Rosa

Quelle: de.indymedia.org

Plan B

Die Alternative Wohngenossenschaft Connwitz e.G. (AWC) lädt im September anlässlich ihres 10jährigen Bestehens verschiedene alternative (Wohn-)Projekte zu einem Vernetzungs- und Erfahrungsaustauschtreffen nach Leipzig ein. Infos: www.awc-eg.org/planB.html
Anregungen, Anfragen etc. bitte an: plan_b@xemail.de oder awc_eg@yahoo.de



+ 1/4 der zu „Pelz“ verarbeiteten Felle stammen aus dem Fallenfang.
+ ca. 3/4, stammen aus „Pelztier“- Farmen.
+ 1998 wurden weltweit 25.746.000 Nerze und 3.668.000 Füchse in Farmen getötet.
+ In Deutschland gibt es ca. 40 Nerzfarmen, einige Fuchs- und Sumpfbiberfarmen sowie unzählige Chinchillazuchten in denen insgesamt ca. 270.000 Tiere untergebracht sind.
Quelle: offensive gegen die pelzindustrie



Freiraum in Form

Im letzten Heft hat sich die Initiative für ein Soziales Zentrum in Dresden vorgestellt. Nachdem der Versuch gescheitert ist, ein Haus instandzusetzen und durch Öffentlichkeitsarbeit eine Duldung zu erreichen, wird jetzt nach neuen Wegen gesucht, ein soziales Zentrum zu etablieren. Für Verhandlungen mit der Stadt wurde deshalb ein Verein gegründet. Auf der Internetseite www.flaeshe.net/sz gibt es aktuelle Informationen.

Medienplanet Anares, A-Sortimente und Syndikate

Auch wenn der "Planet der Habenichtse" im gleichnamigen Science-Fiction-Roman von Ursula K. LeGuin Anares heißt, so weist diese Entlehnung doch in die richtige Richtung des Programms des Buchvertriebs Anares. Wer sich für gesellschaftskritische und freigeistige, anregende und inspirierende Literatur und auch andere Medien interessiert, kann in in seinen neuen Internetauftritt mal reinschnuppern. Dort kann unter einigen tausend Büchern gestöbert, recherchiert und natürlich auch bestellt werden.

Auch einen neuen Internetauftritt hat der "Syndikat A"-Medienvertrieb aus Moers, dessen Bücher auch in ihrem Zentrum "Barrikade" erhältlich sind. Das Syndikat A ist ein anarcho-syndikalistischer Vertrieb und hat es sich zum Ziel gesetzt, Broschü-

Nachtrag zur Arbeiterbewegung in Polen

Am 12.2. trafen sich zum ersten Mal die Delegierten der bereits vor sechs Monaten gegründeten polenweiten Gewerkschaft "Arbeiterinitiative". Diese ging teilweise aus der Arbeiterinitiative der Anarchistischen Föderation hervor. Die Rechte der Arbeiter sollen verteidigt und Alltagskämpfe geführt werden können. Sie sind noch klein und in neun Fabriken und Einrichtungen in Poznan, Lodz, Szczecin und in Schlesien präsent und wollen eng mit anderen Gewerkschaften und sozialen Organisationen (vor allem auch mit Arbeitslosen) zusammenarbeiten. Sie nehmen auch an der polenweiten Arbeiterkonferenz teil, die am 10./11.6. in Warschau stattfinden wird. Themen werden dort die soziale Situation der Arbeiter und Frauen in der Arbeiterbewegung sein.

KFM

Infos: <http://paspertoo.w.interia.pl>
mehr Hintergründe siehe Feierabend! 16



Chain & Brain unite!

Die Überraschung ist gewiss gelungen – die diesjährige Mailänder Modeweche hätte mit der Schau der Kollektion von Serpica Naro zu Ende gehen sollen. Doch nur wenige Stunden zuvor stellte sich heraus, dass es die „anglo-japanische Modedesignerin“ gar nicht gibt. Hinter dem exotischen Namen steckten AktivistInnen des Kollektivs *Chainworkers*, prekär Beschäftigte, die im Bereich der Mailänder Modeschauen arbeiten. „Wir kennen uns in dieser Welt gut aus“, erklärte ein Chainworker, „deshalb konnten wir das Ganze glaubwürdig machen.“

Im Centro Sociale Pergola wurde die neue Kollektion schließlich vorgestellt: Von Kleidung, die besonders geeignet ist, eine Schwangerschaft zu verheimlichen, über Anti-Belästigungs-Röcke, die mit Mäusefallen versehen sind bis zu Unisex-Jacken mit speziellen Taschen für den bequemen „proletarischen Einkauf“ war für das moderne, metropolitane Leben alles dabei. Das Kollektiv fand sich 1999 zusammen, um einerseits v.a. junge (Teilzeit-)ArbeiterInnen in Einkaufszentren zur Organisation anzuregen und andererseits Arbeitskämpfe mit dem modernen Medien-Aktivismus zu verbinden. So wurde etwa für die „Designerin Naro“ wurde eine eigene Website aufgestellt.

Aber sie sind, wenn's drauf ankommt, auch handfest mit dabei: am Tag der Eröffnung des Weihnachtsgeschäfts 2004 halfen sie den Streikenden einer Mailänder Metro-Filiale in der Auseinandersetzung mit aggressiven Managern und Streikbrechern. Ihrem erklärten Anspruch gemäß, das Image von betrieblicher Betätigung und von Revolte aufzupolieren, hatten sie auch Musik und Drinks mit zum Streikposten gebracht. Außerdem versuchen sie, eine konstante Berichterstattung über Arbeitskonflikte und -bedingungen im Groß- und Einzelhandel zu gewährleisten.

Das ist besonders vor dem Hintergrund ein interessanter Ansatz, als sich die Mainstream-Medien mit dem Feld der Arbeitskonflikte allgemein wenig befassen.

A.E.

jungle world 9/05 & www.sanprecario.info

Schillers politisches Theater

Schiller lockt derzeit an allen Ecken. Ob nun als zweihundertjähriger Bühnenaufguss, als Logo auf Supermarkt-Rabatt-Marken oder als einfaches Abziehbild fürs Kinderzimmer. Hauptsache es schillert irgendwie. Schiller der große Literat, Schiller das ästhetische Genie! Ganz nebenbei schmückt man sich dabei die neu entfachten, nationalen Identifikationsbedürfnisse mit den welken Lorbeeren des Schillerschen Nationalismus aus, um noch im gleichen Atemzug zu behaupten, Kunst und Politik hätten nichts miteinander zu tun. Und doch! Gerade Schiller hatte entdeckt, wie sich Kunst als Theaterkultur mit seinen suggestiven Möglichkeiten für nationale Projektionen einspannen lassen könnte. Seine Forderungen nach einem „großen“ Nationaltheater blieben uneingelöst, sein Nationalismus abstrakt, der emanzipatorische Gehalt beschränkte sich auf den Affront gegen die herrschende Aristokratie. Die Geschichte des „deutschen“ Theaters ist seitdem zerrissen von Selbstbespiegelungen, kollektiven Psychosen, krampfhaften Deutungsversuchen und Nationalmeierei. Am Tropf der nationalen Kassen steuern die staatlichen und städtischen Subventionsbühnen gegenwärtig wieder einmal ihrem ästhetischen und politischen Ende entgegen, diesmal überholt von der Suggestionskraft der neueren Medien, wie Film und Funk. Doch anstatt sich um eine emanzipatorische Kunst und Politik zu bemühen, rechnet man Gevatter Staat die Zweckmäßigkeit der Theaterkunst für die ästhetische Bildung des Menschen vor. Da schillerts wieder. Bleibt zu erwarten, daß Schatzwart Eichel demnächst die neuste Kunstdoktrin verkünden wird: Wir machen EINE Bühne, ein Theater für uns alle Deutschen! Nö, hab ich bei dem Gedanken zu mir selbst gesagt, da hört doch letztlich jede Emanzipation auf. Flugs griff ich Stift, Papier und Schillers Sammelwerk, das Ziel war klar: Der junge Friedrich gehört entlarvt!



Aufklärung ...

„Wenn in allen unsern Stücken *ein* Hauptzug herrschte, wenn unsre Dichter unter sich einige werden und einen festen Bund zu diesem Endzweck errichten wollten – wenn strenge Auswahl ihre Arbeiten leitete, ihr Pinsel nur Volksgegenständen sich weihte, – mit *einem* Wort, wenn wir es erlebten, eine Nationalbühne zu haben, so würden wir auch eine Nation.“(2)

Die Aufklärung, so wie sie in den Geisteswissenschaften epochal eingegrenzt wird, ist eine Zeit hoher und überhöhter Ideen gewesen. Sie markiert nicht nur das Ende der mittelalterlichen Dogmatik in Europa, von ihr aus nehmen auch die modernen Geistesströmungen des Humanismus, des Subjektivismus, des Individualismus bzw. Kollektivismus ihren Anfang. Universalistische, radikale bzw. rigorose Ideen empfangen von hier ihre Inspiration und Kraft. Und die Ansprüche der Aufklärer wirken fort: Gerade die postmoderne Kritik hat in den letzten drei Jahrzehnten die tief in die Moderne eingeschriebene Ambiguität (3) wieder mit ihren aufklärerischen Wurzeln identifiziert. Der Wahlspruch aufgeklärter Haltung: Sape audere! Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist nach wie vor in Geltung, ebenso wie das Vermächtnis des aufklärerischen

Denkens, die Aufforderung, die Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen und Gesellschaft nach menschlichem Maß und Möglichkeit einzurichten.

... und nationalistisches Theater

Wenn Friedrich Schiller um 1793 in einem Brief zur ästhetischen Erziehung des Menschen schreibt: „Das Zeitalter ist aufgeklärt...“ und dann fragt „... woran liegt es, dass wir noch immer Barbaren sind?“ (4), daran anknüpfend die Ausbildung des menschlichen Empfindungsvermögens als dringliches Bedürfnis der Zeit einschätzt – dann lässt sich der Gedanke dahinter nicht verstehen, trachtete man danach, ihn rein auf seinen ästhetischen Gehalt hin zu untersuchen. Sein Charakter ist durch und durch dem aufklärerischen Geist verschrieben, und d.h. er ist ordinär politisch. Denn das, was Schiller mit seinem Konzept der „Erziehung zur Empfindsamkeit“ verbindet, ist ja der emanzipative Anspruch, durch Gesellschaft und Geselligkeit die barbarische Natur des Menschen zu einer besseren heranzubilden, durch die Erziehung zur Empfindsamkeit eine humanere Vergesellschaftung einzusetzen. In gewis-

ser Weise kann man in Schiller den Archetypus des bildungsbürgerlichen Intellektuellen sehen. Und darin hat er auch heute noch seine Anziehungskraft.

Hieraus wird auch ersichtlich, warum Schiller der Schaubühne, sprich dem Theater, eine wesentlich gesellschaftliche Funktion zuschrieb. Nicht um die Kunst vor dem Tagesgeschäft der Politik bloßzustellen, sondern gerade um durch die Förderung der Kultur, die ganz eigene Qualität des Kunstschönen gesellschaftlich nutzen zu können. Man kann die Schaubühne mit Schillers Augen also so sehen: Als Ort, wo durch die Darstellung von Kunstschönem die Empfindsamkeit der rezipierenden Menschen gefördert, und für diese dadurch ein besserer Charakter erlangbar wird:

„Unsere Natur, gleich unfähig, länger im Zustande des Tiers fortzudauern, als die feineren Arbeiten des Verstandes fortzusetzen, verlangte einen mittleren Zustand, der beide widersprechende Enden vereinigte, die harte Spannung zu sanfter Harmonie herabstimmte und den wechselseitigen Übergang eines Zustandes in den andern erleichterte. Diesen Nutzen leistet überhaupt nun der ästhetische Sinn oder das Gefühl für das Schöne.“ (5)

Aber Schiller will nicht nur auf die „Entspannung“ vom Tagewerk hinaus, er will

diese in doppelte Zügel legen. Die ästhetische Genügsamkeit im (bloß) Schönen – hier als Kunstschönes – reichte seinem aufklärerischen Geiste lange nicht hin: „... weil der Weg zu dem Kopf durch das Herz muß geöffnet werden.“ (6), kann Kunst gleichsam nicht allein auf dem eigenen Potential des (nur) Schönen beruhen, sie soll auch im Sinne einer „verbesserten Einsicht“ des Verstandes wirken. Diese ermögliche ja erst den Einblick in die hohen aufklärerischen Ideale. Entspannung und gesteigerte Empfindsamkeit sind kein Selbstzweck sondern stehen im Dienst des ganzen Menschen als geselligen bzw. gesellschaftlichen, und das heißt für Schiller hier ganz konkret: Im Sinne eines national bewusst gebildeten Bürgers.

Indem Schiller also, als typischer Vertreter der zeitgenössischen Forderung nach einem deutschsprachigen Nationaltheater, Kunst und Kultur in ihrer eigenen Qualität begründet, verweist er auf ihre gesellschaftliche Brauchbarkeit, auf die Möglichkeiten ihrer politischen und politisierenden Wirkung. Die sind das Zentrum seines Interesses. Und nicht ohne Grund: In der deutschen Kleinstaaterie galt es ja Förderer aus dem aristokratischen Stand für das Projekt einer stehenden Bühne zu gewinnen, das lokale Bürgertum war kaum in der Lage, wie etwa in London oder Paris, Theater selbst zu finanzieren. Zumal mit der Nationaltheater-Idee auch der hohe Anspruch verbunden war, nicht nur

einen repräsentativen Status einzunehmen sondern in internationale Konkurrenz zu anderen National-Bühnen zu treten. Die Forderung nach einer stehenden Bühne hatte so auch einen sehr technischen Aspekt: Die erforderliche Apparatur für große Inszenierungen, die Professionalisierung der Schauspieler, die Projektierung von Spielplan und Budget bedurften einer zentralen Infrastruktur – mit einem

„Nicht weniger ließen sich – verstünden es die Oberhäupter und Vormünder des Staats – von der Schaubühne aus die Meinungen der Nation über Regierung und Regenten zurechtweisen. Die gesetzgebende Macht spräche hier durch fremde Symbole zu dem Unterthan, verantwortete sich gegen seine Klagen, noch ehe sie laut werden, und bestäche seine Zweifelsucht, ohne es zu scheinen. Sogar Industrie und Erfindungsgeist könnten und würden vor dem Schauplatz Feuer fangen, wenn die Dichter es der Mühe werth hielten, Patrioten zu sein, und der Staat sich herablassen wollte, sie zu hören.“ (1)

Wort, einer guten ökonomischen Grundlage.

Verbunden mit dem Repräsentationsanspruch dieser zu fördernden, stehenden Bühnen war aber auch eine Politik gegen die Wanderbühnen. Obwohl ihnen der Gehalt des Schönen (7) schlicht nicht abzusprechen war, konnten sich weder Adel noch die dünnen elitären Schichten des Bildungsbürgertums mit dem Theater der fahrenden Leute identifizieren. Staunend blickten sie nach England oder Frankreich, wo die Bühnen die Grundrisse des frühbürgerlichen Dramas durchexerzierten, mit satten Augen auf die banale Vergnüglichkeit der Schwänke, die hierzulande die Straßen belebten. Und gerade dieser Anspruch auf neue Repräsentation im Sinne einer Identität ist dieser Fluchtpunkt der bildungsbürgerlichen Theatervorstellung. Und hierin ist auch ihre politische Wirkung begrenzt. Der emanzipatorische Humanismus, insoweit er in den Texten zur Geltung kommt, hat gleichsam eine nationale Schranke. Schiller hat das, eingangs zitiert, glänzend markiert. Gerade

die herausgehobene *Einheit* wird mit solcher Vehemenz vorgetragen, dass sie auffallen muß. Der Gebrauch bleibt doppelzünftig. Man kann ihn leicht als naiven Humanismus verstehen. Aber es sind mit den „Volks-

gegenständen“ und der Rede vom „wir“ nicht etwa ALLE Menschen angesprochen, auch nicht allein die Bildungsbürger deutscher Provenienz, sondern alle DEUTSCHEN, insoweit ist dem Schillerschen Humanismus schon zu trauen. Die Einheit, auf die Schiller dabei abzielt, ist letztlich die Identität im „Deutschen“. Die neue deutsche Nationalbühne soll ja nicht nur das französische oder das englische Nationaltheater nachahmen, sondern denen gegenüber einen ganz eigenen Wert zur Geltung bringen. Als Repräsentationsmittel soll die Schaubühne identifizierend wirken, und zwar im Sinne eines deutschen Nationalismus, so der junge Schiller.

Dabei steht aber außer Frage, dass eine solche nationale Einheit (als politische und soziokulturelle) in den Zeiten dieser Forderungen innerhalb der deutschsprachig verwalteten Territorien gar nicht existierte. Damit bekommt aber das Theater auch eine eigentümliche gesellschaftliche Funktion zugewiesen. Es sollte nämlich zuallererst eine Einheit suggerieren, die de facto illusionär war, und damit gleichzeitig diese Illusion befördern. Die Autoren sollten sich in Schillers Augen auf typisch „Deutsches“ einstellen, die Künstler ein deutsches Empfinden und Bewusstsein vorspielen und die Nationalbühne DAS „Deutsche“ repräsentieren.

Schiller, der Nationalist

Derart eingespannt, wird die Schaubühne allerdings zum politischen Suggestionstheater – eine Apparatur zur Integration, Identifikation und Erzeugung von nationalem Bewusstsein unter Vortäuschung erreichter nationaler Einheit. Dieser Umstand wird noch dadurch verschärft, dass Schiller zwar das Ziel der intellektuellen Entwicklung des rezipierenden Publikums im Auge hat, aber immer wieder die Steigerung der (emotionalen) Empfindsamkeit als Wirkziel hervorhebt. Mit dieser Betonung der suggestiven Wirkung von Kunst hebt er aber zugleich auch ihre herrschaftstechnische Brauchbarkeit hervor und setzt



sie dadurch doch wieder zurück in einen Zusammenhang, der droht, Kunst einseitig für politische Zwecke (hier nationale Integration) zu vereinnahmen. Dieser Anspruch der Vereinnahmung wird auf dem historischen Hintergrund verständlich. Schillers emanzipatorische Stoßrichtung zielte ja auf gesellschaftlichen Fortschritt, der für ihn die politische Installation einer deutschen Nation nach europäischem Vorbild bedeutete. Das bildungsbürgerliche Bewusstsein seiner selbst und seiner Zeitgenossen identifizierte dabei den eigenen Wunsch und das eigene Interesse nach „höherer“ Einheit mit einer diese Einheit repräsentierenden Bühne. (8)

Im Rahmen der Politik dieses frühen Bürgertums gegen die Dominanz und Vormachtstellung des Adels verlor die Forderung nach einem Nationaltheater jedoch schon früh jeden emanzipatorischen Gehalt. Die neue Nationalkultur wurde alsbald staatlich dirigiert und durchgesetzt. Der preussische Staatskultus verband identifikatorische Kulturpolitik und Repression, um die deutschverwalteten Splitterstaaten zu einer neuen Einheit zu verschweißen.

Aber anstatt diese neue „Größe“ und Einheit der Nation zu repräsentieren, degenerierte das deutsche Theater – auch als Folge der Politik gegen die Wanderbühnen - im Laufe des 19. Jahrhunderts wieder zu einem Hof- und Burgtheater zur hauptsächlichlichen Vergnügung des deutschen Spätadels und verlor jede öffentliche Relevanz. Wie so oft, ein deutsches Trauerspiel.

Wer braucht Nationaltheater?

„...wenn Menschen aus allen Kreisen und Zonen und Ständen, abgeworfen jede Fessel der Künstelei und der Mode, herausgerissen aus jedem Drange des Schicksals, durch *eine* allwebende Sympathie verbrüdernt, in *ein* Geschlecht wieder aufgelöst, ihrer selbst und der Welt vergessen und ihrem himmlischen Ursprung sich nähern. Jeder einzelne genießt die Entzückung aller, die verstärkt und verschönert aus hundert Augen auf ihn zurückfallen, und seine Brust gibt jetzt nur *einer* Empfindung Raum – es ist diese: ein *Mensch* zu sein.“ (9)

Der junge Schiller weiß seinen Humanismus klug auszuspielen, allerdings ist auch

seine nationale Selbstbeschränkung klar geworden. Der Schluß liegt offen auf der Hand: Wer nach dem Nationaltheater ruft, schreit nach der Einheit und der Repräsentation im Staat, nach dessen Portemonnaie ganz nebenbei. Warum soll die Bühne aber nur EIN Theater bieten? Noch dazu die Politik des Theatertreibens sich nationalistisch bestimmen? Die Frage klingt im ersten Moment nach einer einfachen Antwort, etwas anachronistisch gar. Freilich, ein deutsches Nationaltheater hat es ebenso wenig gegeben, wie eine deutsche Nation nach europäischem Vorbild. Dennoch steht diese Frage am Ausgangspunkt der Überlegungen zu einem deutschsprachigen Theater mit nationaler Relevanz und repräsentativem Anspruch. Mit „ja!“ haben etwa Schiller,



Gottsched oder Lessing darauf geantwortet, im Vorgriff auf eine noch zu integrierende Nation, und dem Theater dabei auch gleich eine solche integrierende gesellschaftliche Funktion zugewiesen. Mit „ja!“ Antwortet ein spärlicher Chor Aufgerüttelter derzeit, um einer finanziellen Aushöhlung der „großen“ Bühnen entgegenzutreten.

„Nein!“ halte ich der Tradition entgegen. Emanzipation weist heute weit über die nationale Grenzzieherei hinaus. Politisches Theater auf der großen Bühne ist zwar wünschenswert, doch nationales Phrasendreschen kann sich jeder sparen. Der Staatskultus deutscher Prägung hat sich seine große Arena bereits geschaffen: den Reichstag zu Berlin - im Dauerlicht der nimmersatten Fernsehaugen. Nicht Besitzstandswahrung und der Ruf nach vollen Kassen wird der Bühne in die politische Zukunft weisen, sondern die ernsthafte Auseinandersetzung mit der sozialen Wirklichkeit, die sie umgibt. Die Forderung nach einem politischen Theater,

nach politisierender Wirkung enthebt aber auch die Kunst- und Theaterschaffenden ihrer Leichtigkeit, ihrer asozialen Tendenz: l'art pour l'art, Kunst um der Kunst willen, der Wahlspruch des isolierten Bürgers ist suspendiert. Zum Ideal des (bloß) Schönen tritt das des Nützlichen hinzu.

Emanzipative Kunst kann deshalb für das gegenwärtige politische Theater doch nur bedeuten, sich eine neues Publikum aufzuschließen, aus der Kantine in die Stadt zu treten und einen progressiven Blick auf die Geschichte wieder zugewinnen. Da ist der Schiller nämlich nicht seit heute obsolet. Die Nation ist Wirklichkeit und hat sich ausgewachsen, so daß sie heute jede Freiheit zu ersticken droht, in Antragsflut und Ordnungswut. Dagegen kühn die Zukunft zu entwerfen, ist auch der Anspruch an die Kunst, den ich erhebe: Mehr Aufklärung statt Suggestion! Mehr Offenheit statt elitärem Dünkel! Konkreter und kontroverser, statt allgemeiner und platter, und letztlich wirklicher statt ewiggleiches „realistisch-mangelhaft“. Ob mit, ob ohne Schillerische Dichterei ist dann die Frage zweiter Wahl. Das Theater braucht konkrete Utopie.

clov

(1) Schiller, Friedrich, „Die Schaubühne als eine moralische Anstalt betrachtet“, in: Derselbe, „Vom Pathetischen und Erhabenen“, Reclam, Ditzingen, 1999, S. 11

(2) Ebenda, S. 12

(3) Ambiguität - hier: widersprüchliche Mehrdeutigkeit

(4) Schiller, Friedrich, „Über die Grenzen der Vernunft“, in: „Was ist Aufklärung?“, Reclam, Ditzingen, 1998, S. 53

(5) Schiller, Friedrich, „Die Schaubühne als eine moralische Anstalt betrachtet“, in: Derselbe, „Vom Pathetischen und Erhabenen“, Reclam, Ditzingen, 1999, S. 3

(6) Ebenda, S. 55

(7) Hier oftmals mit der positiv besetzten Kategorie der Volkstümlichkeit verbunden.

(8) „Die Schaubühne ist der gemeinschaftliche Kanal, in welchen von dem denkenden bessern Teile des Volks das Licht der Weisheit herunterströmt und von da aus in milderen Strahlen durch den ganzen Staat sich verbreitet. Richtigerer Begriffe, geläuterte Grundsätze, reinere Gefühle fließen von hier durch alle Adern des Volks ...“ Schiller, Friedrich, „Die Schaubühne als eine moralische Anstalt betrachtet“, in: Derselbe, „Vom Pathetischen und Erhabenen“, Reclam, Ditzingen, 1999, S. 10

(9) Ebenda, S. 13

Libertäres Afrika

Südafrika gehört (neben Nigeria) zu den industrialisiertesten Ländern Afrikas. Das Interview mit J. Black, ZACF, wurde im Ende 2004 von der Agência de Notícias Anarquistas (Brasilien) geführt und wirft uns ein Licht, wo sonst nur Dunkel ist.

Wie steht es heute um die anarchistische Bewegung in Südafrika? Es gibt eine kleine anarchistische Bewegung in Südafrika seit etwa Beginn der 1990er. Sie findet sich aber noch in den Kinderschuhen, obwohl libertäre Ideen in den sozialen Bewegungen der letzten fünf Jahre immer populärer geworden sind. Es gibt auch marxistisch dominierte Jugendorganisationen in Swasiland, wo sich einige Mitglieder für Anarchismus interessieren.

Wie setzt sich die Bewegung zusammen? Die wichtigste Vereinigung des organisierten Anarchismus in Südafrika ist die Zabalaza Anarchist Communist Federation (ZACF), die dieses Jahr ihren ersten offiziellen Kongress in Johannesburg abhielt. Die Aktivitäten der ZACF – die gebildet wird von der Black Action Group, dem Bikisha Media Collective, den Zabalaza Books, dem Anarchist Black Cross und der nun aufgelösten Zabalaza Action Group – umfassen Propaganda und Bildung, indem wir anarchistische Literatur schreiben, veröffentlichen und verbreiten, und indem wir politische Bildungsforen ausrichten und an sozialen Bewegungen und Gemeinschaften ebenso teilnehmen wie an Organisationsversuchen in Gefängnissen.

Wo liegt derzeit euer Schwerpunkt? Zur Zeit versuchen wir, die demoralisierten und enttäuschten ArbeiterInnen zu organisieren, die an der WITS-Universität ausgegliedert wurden. Außerdem nehmen wir an sozialen Bewegungen teil, die sich gegen die Privatisierung der Wasser- und Stromversorgung und gegen Zwangsräumungen richten. Schließlich versuchen wir, Gefangene zu organisieren.

Bringt ihr viele Bücher und Publikationen heraus? Die ZACF gibt „Zabalaza: A Journal of Southern African Revolutionary Anarchism“ heraus und, wenn auch nur sporadisch, den „Black Alert: Paper of the Anarchist Black Cross – Anti-Represion

Network“. Wir schreiben und produzieren auch verschiedene anarchistische Flugblätter und Kritiken, die den aktuellen Klassenkampf in Südafrika und seine Geschichte berühren, wie zum Beispiel „Class Struggles in South Africa: From Apartheid to Neoliberalism“. Außerdem reproduzieren wir viele zeitgenössische und klassische anarchistische theoretische und praktische Texte. Zabalaza Books begann jüngst auch mit der Herausgabe des Buches „African Anarchism“ der nigerianischen Anarchisten Sam Mbah und I.E. Igariwey von der Awareness League, wie auch von „Hungary '56“ von Andy Anderson.

Gibt es auch anarchistische Lokalitäten, oder Kulturzentren? Es gibt ein sehr kleines Gemeindezentrum im Motosaledi-Township von Soweto, das von Anarchisten betrieben wird. Das ist ein kleiner Leseraum und eine Bibliothek, die anarchistische Literatur beherbergt. Es werden dort aber auch politische und unterhaltsame Videos gezeigt. Die Aktivisten betreuen auch einen kleinen Gemüsegarten und bieten in jüngster Zeit eine Tagesbetreuung für kleine Kinder an. Daneben gibt es noch zahlreiche andere Gemeindezentren, die von der Basis betrieben werden, aber nicht spezifisch anarchistisch sind – immerhin findet man auch dort anarchistische Literatur und Einflüsse unserer Ideen. Eines der wichtigsten Ziele der ZACF für die nähere Zukunft ist der Aufbau eines anarchistisch betriebenen Gemeindezentrums oder Infoladens, wo wir unsere Materialien verteilen, Workshops etc. machen können.

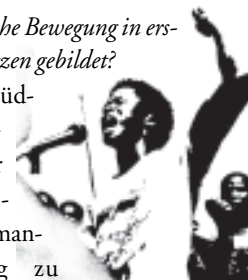
Gibt es in Südafrika eine anarchistische Tradition? Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es eine relativ große anarchistische Bewegung in Gestalt der anti-parlamentarischen *Communist Party of South Africa* (nicht zu verwechseln mit der reformistischen *Communist Party of South Africa – Communist International*), des *Socialist Club*, der *International Socialist League*, der

Industrial Workers of Africa, der *Industrial Workers of the World South Africa* und der *Industrial Socialist League* – sie alle wurden zwischen 1900 und 1920 in Südafrika gegründet. Außerdem gab es in Mozambique die *Revolutionary League* und anarcho-syndikalistische Gewerkschaften, die mit der portugiesischen CGT verbunden waren und die mozambiquanische ArbeiterInnenbewegung der 1920er dominierte. Diese Traditionen im südlichen Afrika wurde durch die beiden Weltkriege und das nationalistische Regime leider ausgelöscht; ein Wieder-Anknüpfen war erst möglich, seit das Apartheid-Regime niederging und das „Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus“ aufgehoben wurde. [...]

Gibt es ein anarchistisches Projekt, das du hervorheben möchtest? Im Moment gibt es ein Projekt, dem ich mich leidenschaftlich verbunden fühle, und zwar eine Unterstützungskampagne für inhaftierte Anti-Apartheid-Kämpfer und politische Gefangene, die noch immer in den Kerkern Südafrikas vegetieren. Die Kampagne soll dem Los dieser Gefangenen Aufmerksamkeit verschaffen, in der Hoffnung, dass wir ausreichend öffentliche Unterstützung erzeugen können, damit diese Leute amnestiert werden. Einige dieser Gefangenen interessieren sich sehr für Anarchismus und wir hoffen, dass wir durch sie, über die Gefängnisorganisation hinaus, in die sie involviert sind, auch ihre Familien und Gemeinden erreichen können, die die repressive Rolle des Staates direkt erfahren haben.

Wird die anarchistische Bewegung in erster Linie von Schwarzen gebildet?

Das Proletariat in Südafrika ist mehrheitlich schwarz, aber aufgrund der Geschichte – mit dem mangelnden Zugang zu



Informationen für die unterprivilegierten Klassen und speziell die „Nicht-Weißen“ während der Apartheid – war die Mehrheit der bewussten Anarchisten tatsächlich weiß. Bis auf wenige Ausnahmen, gelang es uns erst im Zuge der Mobilisierung gegen den UN-Gipfel über Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002, Kontakte zu schwarzen Anarchisten aus den Townships aufzubauen. Sie sind erst vor kurzem mit anarchistischen Ideen in Berührung gekommen, was vor allem auf unsere Propaganda in sozialen Bewegungen zurückzuführen ist. In letzter Zeit zeigen auch einige politische Gefangene zunehmendes Interesse am Anarchismus, oder bezeichnen sich jetzt selbst als Anarchisten.

Was ist heute das größte Problem des Anarchismus in Südafrika? Das größte Problem der anarchistischen Bewegung in Südafrika ist, wie vielleicht aus dem Gesagten schon hervorgeht, dass es keine anarchistische oder libertäre Massenbewegung gibt, gleichwohl wir Kontakte haben zu sozialen Bewegungen und Graswurzelaktivisten in den Gemeinden. Da die Massenbewegungen von Reformisten und autoritären Sozialisten dominiert werden, haben wir es aufgrund unserer geringen Anzahl und der Begrenztheit unseres Einflusses und Budgets sehr schwer, eine praktische Alternative zum autoritären Sozialismus herauszustellen.

Wie sehen die Perspektiven aus? Die ANC-Regierung trägt viel dazu bei, die Leute über die Rolle der Politik zu desillusionieren, was die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen angeht. Und die trotzkistisch geprägte Führung des Anti-Privatisierungsforums (APF), das als soziale Bewegung aus der ArbeiterInnenklasse entstanden ist¹, will das APF nun als „Arbeitermassenpartei“ registrieren und zu Wahlen antreten – ein Gedanke, der heiß debattiert wurde, wobei sich in der sozialen Bewegung zwei oppositionelle Gruppen ergaben: eine libertäre und autonome, und eine autoritär-hierarchische. Diese Situation könnte eine gute Gelegenheit für Anarchisten bieten, all jene Aktivisten in einer Volksfront der unterdrückten

Klassen zu versammeln – orientiert an den Prinzipien der direkten Aktion, der Gleichheit, etc. –, die der parlamentarischen Politik ablehnend gegenüber stehen. Außerdem scheint mir die Einrichtung eines anarchistischen sozialen und kulturellen Zentrums äußerst wichtig, das für die ArbeiterInnenklasse leicht zugänglich ist, damit unsere Materialien mehr Leute erreichen.

In welchen anderen Ländern des Kontinents gibt es noch anarchistische Strömungen? In Nigeria existiert bereits seit einigen, etwa zehn Jahren die anarcho-syndikalistische Awareness League, die zur Zeit etwa 1.000 Mitglieder hat, obwohl die Zahl in letzter Zeit wohl gesunken ist. Im Jahr 2000 oder 2002 hatten sie eine eigene Radiostation eröffnet, aber ich bin mir nicht sicher, ob sie noch auf Sendung ist. Die *Awareness League* schloss sich im Dezember 1996 der anarchistischen Internationale IAA an. In Kenia gibt es die *Anti-Capitalist Convergence of Kenya*, die meines Wissens wie die Washington DC Anti-Capitalist Convergence aufgebaut ist und von libertären Kommunisten, Marxisten und anderen Sozialisten ins Leben gerufen wurde, um „die allgemeine Öffentlichkeit mit revolutionären Ideen, Propaganda und Aktionen zu erreichen“. Außerdem hat wohl die französische Sektion der IAA, die CNT, einige Kontakte zu Anarchosyndikalisten in Algerien. Außerdem scheinen einige Gruppen in den Gewerkschaften Marokkos aktiv zu sein. Die australische Zeitschrift „Organise“ berichtete, dass auf dem XXI. IAA-Kongress im Dezember 2000 von einer Organisation in Zaire/Kongo die Rede war. Gerüchteweise gibt es auch in Uganda, Sierra Leone und Ägypten einige, möglicherweise sehr wenige aktive AnarchistInnen. Zudem haben wir Kontakt zu marxistisch beeinflussten Revolutionären vom *Swaziland Youth Congress* (SWAY OCO) und der *Students Union of Swaziland*, die reges Interesse am Anarchismus äußerten. Sie sehen darin ein Kampfmittel gegen das monarchistische Tinkundla-Regime, und wir hoffen, die Beziehungen weiter ausbauen zu können.

Fühlt ihr euch in die weltweite anarchistische

Bewegung integriert? Im allgemeinen leistete die internationale anarchistische Gemeinschaft sehr viel Unterstützung und wir stehen regelmäßig in Kontakt mit zahlreichen AnarchistInnen und Organisationen aus der ganzen Welt. Wir hatten auch Gelegenheit gehabt, einige AnarchistInnen aus Ländern wie Schweden, Amerika, Irak, England, der Schweiz etc. zu treffen als sie Südafrika besuchten. Die ZACF ist auch Mitglied des anarchistischen Netzwerks International Libertarian Solidarity (ILS), in dem wir regelmäßigen Austausch pflegen. Außerdem wenden sich viele AnarchistInnen aus dem Ausland an Zabalaza Books. Ich sehe vielmehr eine Isolation in Hinblick auf die anarchistische Bewegung im Rest des afrikanischen Kontinents, wie im globalen Süden allgemein. Dort ist meines Erachtens die Kommunikation schwieriger als im Norden.

Welche Erwartungen verbindest Du mit dem Besuch in Brasilien? Ich will beginnen, Brücken zu bauen über die Kommunikationsgräben, die zwischen den anarchistischen Bewegungen des Südens bestehen. Ich will Netzwerke aufbauen zwischen den verschiedenen Plätzen in Brasilien und in Südafrika, die ich kennengelernt habe. Ich glaube auch, dass die Lebensbedingungen in Brasilien denen in Südafrika nicht ganz unähnlich sind, und ich möchte erfahren, wie sich brasilianische Anarchisten in die sozialen Bewegungen – etwa zu Wohnrecht und Bildung – einmischen. Ich möchte auch berichten über die Bedingungen in Südafrika, nach zehn Jahren von „Freiheit“ und „Demokratie“, berichten über wachsende Ungleichheit, Neo-Liberalismus etc. Nicht zuletzt will ich Solidarität organisieren für unsere Kampagne für die politischen Gefangenen des Apartheid-Regimes.

Danke für das Interview. Ein letztes Wort? Danke für die Gelegenheit, ein bißchen über die kleine, aber wachsende anarchistische Bewegung in Südafrika zu erzählen. Lasst uns den Druck erhöhen!

www.zabalaza.net

Übersetzung ins Deutsche: A.E.

1) vgl. *Feierabend!* #13

Definitionssache „Humankapital“

„Unworte bereiten Untaten den Boden.“ Diese Wahrheit meinte Johannes Rau schon zu kennen. Ist es nicht schön zu wissen, wer die Definitionsmacht vertritt?

„Humankapital“ ist zum „Unwort“ des Jahres 2004 gewählt worden. Anlass zur Rüge war die Verwendung des Begriffs in einer offiziellen Erklärung des EU-Parlaments, die damit die „Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie das Wissen, das in Personen verkörpert ist“ betriebswirtschaftlich definiert. Die Wahl legitimiere sich durch den Anspruch, Menschlichkeit

Grundsätze der Wahl zum „Unwort des Jahres“

„Die Aktion ‚Unwort des Jahres‘ will für mehr sachliche Angemessenheit und Humanität im öffentlichen Sprachgebrauch werben. ... Die Rügen verstehen sich in erster Linie als Anregung zu mehr sprachkritischer Reflexion. Eine Zensurabsicht liegt der Aktion fern. ... Jeder Bürger und jede Bürgerin kann Vorschläge machen.“ Sprachwissenschaftler- und VertreterInnen der öffentlichen Sprachpraxis bilden die Jury, die alle Vorschläge in einer „groben Vorsortierung“ in die Kriterien der Unwortwahl, „aktuell“, „sachlich grob unangemessen“, „inhuman“, einteilen. Letztendlich erfolgt die Entscheidung „ausschließlich nach inhaltlichen Kriterien“.

Quelle: <http://www.unwortdesjahres.org/satzung.htm>

eines Produktionsbetriebes reduziert. Obwohl es zu oft verdrängt wird, sind die Vorgänge in der Wirtschaft weniger von den Interessen der Menschen als von jenen des Kapitals bestimmt. Die Begriffsverbindung von Mensch und Kapital bestätigt die Überlegenheit des Kapitals, dem sich der Mensch unterzuordnen hat. Aber müssten wir nicht wissen, dass nur die

im Gebrauch der deutschen Sprache zu bewahren. Der Begriff Humankapital wurde beanstandet, da er „Menschen nur noch zu ökonomisch interessanten Größen degradieren“. Was ist falsch daran?

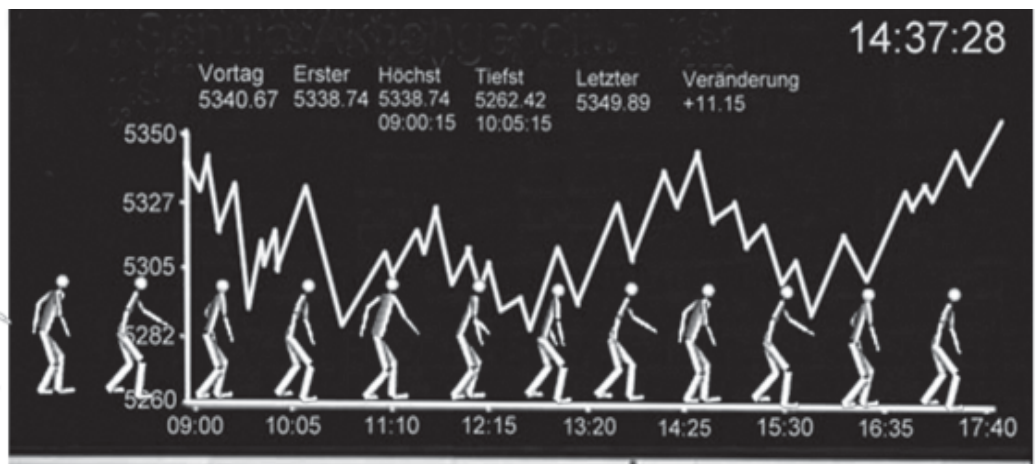
Die Erkenntnis ist schmerzvoll, doch Humankapital ist ein ehrlicher Begriff, der sachlich angemessen ist. Durch die Wahl zum Unwort wurde dies (wegen einer verkürzten Begriffsdefinition und dem Fehlen des kontextuellen Gebrauchs) jedoch nicht erkannt und passt ins bildungsbürgerliche Denkschema, welches eine differenzierte Erklärung der verschiedenen Bedeutungsebenen zu oft nicht beachtet. Dem Ökonomen sei Humankapital halt ein Wort aus seiner wirtschaftswissenschaftlichen Fachsprache und gehöre nur dahin - basta.

In der Begründung der Wahl wurde durch die Jury Humankapital mit deren negativen Konnotation verwendet. Es reduziere den Menschen nur auf seinen wirtschaftlichen Wert und sei deshalb

erniedrigend. Natürlich ist es das, doch in der Logik des Kapitalismus, der sich nur am Profit orientiert, ist dieser Wert ein positiver Begriff, was natürlich auch von WirtschaftswissenschaftlerInnen behauptet wird und man beurteilt die Unwortwahl als „zynischen Versuch einer kontraproduktiven Denunziation eines konstruktiven Weges im Personalmanagement“. In dieser Fachsprache sei Humankapital der Wert eines Menschen im positiven Sinne, indem dieser als Erfolgsfaktor eines Unternehmen betrachtet und nicht nur als Verursacher von Kosten gesehen wird. Jedoch ist nicht die Unwortwahl ein zynisches Urteil sondern diese Art der Argumentation aus der Unternehmensperspektive, die den Menschen nur auf einen Multiplikator von Kosten und Gewinnen

Menschen Wert schaffen können und dass nur wir die Gesellschaft gestalten und nicht ein unnötiges Kapital?

Durch die Unwortwahl beabsichtigen die Sprachkritiker ein Diskussionsangebot zu geben, welches zu mehr sprachkritischer Reflexion anregen soll. Die Wirkung in der medialen Öffentlichkeit war jedoch sehr einseitig, da mehr Wert auf die formale Beschreibung der Unwortaktion, die Vorstellung der Jurymitglieder, sowie den Anlass und die verkürzten Wahlbegründung gelegt wurde. Während der Recherche nach der Öffentlichkeit in welcher Humankapital verwendet wird, stößt man auf Erklärungen von politischen Parteien, die mit dem Begriff jonglieren. Es zeigt, dass sich die politische Rhetorik und unternehmensorientierte Praxis stark an



der Wirtschaft orientieren und beweist die wirtschaftliche Perspektive bzw. Bewertung des Menschen im Gesetzgebungsprozess.

Neben Boden und Arbeit sei das Kapital in der Volkswirtschaftslehre der dritte Produktionsfaktor und beschreibe die Besitzverhältnisse. Die Vermehrung von Kapital steht im Mittelpunkt dieser Vergesellschaftung, wo menschliche Bedürfnisse fehl am Platz sind und Identitätsbildung oft nur über die Lohnarbeit erfolgt. Doch warum soll ich mich mit Lohnarbeit identifizieren, die mich „beschäftigt“ hält, mich zubildet, in vorgefertigte Formen zwingt und mir keinen Raum zum eigenständigen Denken, Handeln und Gefühle auch auszuleben gibt?

Die Behauptung zu wissen, es gäbe keine Alternative, ist doch nur eine feige Ausrede, nicht danach zu suchen. Die Verbindung des Kapitalbegriffs mit dem Menschen vernebelt in seiner ökonomischen Definitionsrhetorik die herrschenden und kapitalbedingten Unterdrückungsmechanismen. Humankapital birgt eine alte Wahrheit, die es auszusprechen gilt, um sie verändern zu können.

droff



Aufruf zum G8-Widerstand

Vom 6.-8. Juli 2005 findet in Gleneagles/ Schottland unter britischem Vorsitz das Gipfeltreffen der G8 mit Schwerpunkten auf Themen über Klimawandel und der „Unterstützung“ der Beziehung zu Afrika im Namen des Reichtums statt.

Die Gruppe der Acht (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA) vereinigen ca. 50% des Welthandels und des Weltbruttosozialproduktes auf sich. Die G8 gilt nicht als internationale Organisation. Ihre Treffen sind informell und in exklusiver Runde, um über globale Themen zu beraten. Dank dieser dauerhaften Zusammenarbeit können sie in internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank ihre Interessen geschlossen vertreten.

Schon im Vorfeld sind Gegenaktionen geplant.

Das Treffen der G8-Staatschefs 2007 wird im neueröffneten „Grand Hotel Kempinski“ im Ostseebad Heiligendamm stattfinden.

Aktionskalender (Auszug)

Anfang Juni:

Eröffnung des Konvergenz Zentrums. Geplant sind ein ländliches Zentrum in der Nähe von Gleneagles, und ein städtisches Zentrum in Edinburgh und/oder Glasgow.

30. Juni / 1. Juli:

Aktionen an den UK-Grenzen gegen Repression gegen einreisende AktivistInnen

Samstag 2. Juli:

Großdemo in Edinburgh vom Bündnis „Make Poverty History“. Oder: Kapitalismus abschaffen unter dem Banner „Make Capitalism History“.

Sonntag 3. Juli:

Vielfältige und bunte Aktionen in Glasgow unter dem Motto „Make Border History“.

Montag 4. Juli:

Blockade der Faslane Militärbasis bei Glasgow zusammen mit „Trident Ploughshares“ und „Scottish CND“ (schottische Bewegung gegen Atomrüstung).

Freitag 8. Juli:

Internationaler Aktionstag gegen Klimawandel, mit Aktionen in Schottland und in allen Teilen der Welt.

weiterführende Infos

Orga und Aktionen: <http://de.dissent.org.uk/>

Vernetzungstreffen im deutschsprachigen Raum:

g8infomahd@riseup.net

Kontaktadresse: german-g82005@riseup.net

Aktive und schottisches Recht: www.g8legalsupport.info

unschöne und unerwünschte Wörter

1991	Ausländerfrei
1992	Ethnische Säuberung
1993	Überfremdung
1994	Peanuts
1995	Diätenanpassung
1996	Rentnerschwemme
1997	Wohlstandsmüll
1998	Sozialverträgliches Frühableben
1999	Kollateralschaden
2000	national befreite Zone
2001	Gotteskrieger
2002	Ich-AG
2003	Tätervolk
2004	Humankapital

Buch-Buh-Bundeswehr

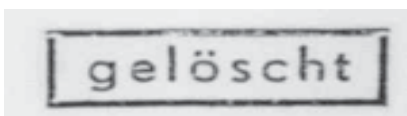
Die Bundeswehr hat die (Kriegs-)Flagge auf der Leipziger Buchmesse 2005 gestrichen! Im Vorjahr 2004 noch bar aller Bücher größter Einzelaussteller auf der Buchmesse, traten die Feldgrauen dieses Jahr den strategischen Rückzug an. Proteste, 1.200 Unterschriften gegen ihre Anwesenheit und die bekundete Ablehnung vieler Verlage haben offenbar Wirkung getan. Hinzu kam die negative Publicity für die Leipziger Buchmesse durch die gewalttätige Anwesenheit von Feldjägern und Polizei. Offenbar um weiteren Imageschaden für Messe und Kriegskampagne zu vermeiden, machte die Bundeswehr wegen an-

gekündigter neuer Proteste nach eigener Aussage den Rückzieher. Jaja – die Kultur ist ein Minenfeld, das mussten nun auch die Anwerbe-Soldaten lernen.

Wir konnten also eine Buchmesse ohne die auf Tölpelfang im Jugend- und Kindermessebereich ausgehende Bundeswehr erleben. „Der Weg zum Frieden führt über den Schulhof“, so warb damals Deutschlands Streitmacht, wobei doch die Interpretation „Der Weg zum Friedhof führt über den Schulhof“ augenscheinlich näher lag. Bücher statt Bomben!

Schnüffeln - bitte nur persönlich

Demokratie heißt mal ganz wörtlich genommen Volksherrschaft. Die Bundesrepublik hat die Staatsform einer parlamentarischen Demokratie. Das Volk übt seine Macht dadurch aus, daß es Abgeordnete in das Parlament wählt, das Gesetze im Sinne des regierenden Volkes beschließt. Durch den Staat einschließlich des ihm gegebenen Machtmonopols wer-

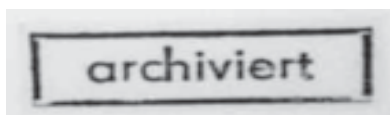


den die Gesetze zum Wohle des Volkes zur Wirkung gebracht. Soviel zur Schulweisheit, nachzulesen in einschlägigen Schulbüchern.

Bedenken wir die jüngsten Ergebnisse deutscher Gesetzgebung wie die Änderungen zum Sozialgesetz, bekannt geworden als Harz IV, die Änderungen im Sozialversicherungsrecht, bekannt geworden als Gesundheitsreform, diverse Steuerreformen, die Einführung der Autobahnmaut, die uns als Kostenfaktor der Transportunternehmen bald als Umlage im Supermarkt wiederbegegnen wird und die Gesetze zur Terrorismusbekämpfung mit umfassenden Abhörbefugnissen des Staates, kommt man zu einer ganz anderen These.

Aus der Erinnerung erwacht Altbekanntes zu neuem Leben, im Konsumrausch und bei der Schnäppchenjagd fast vergessen: *Die Besitzenden bilden die herrschende Klasse. Der Staat ist das Machtinstrument der herrschenden Klasse.* Und die altbekannte Frage ist wieder bedenkenswert: *Wem nützt es?*

Die Gesetze der jüngeren Vergangenheit ergänzen einander. Der Staat ist an Erkenntnissen über seine Bürger interessiert, die mit der offiziellen Begründung wenig zu tun haben. Als Mittel im Kampf gegen die organisierte Kriminalität hat sich der Staat Zugriffsrechte auf die Internet-



anbieter und den privaten E-Mailverkehr geschaffen. Das war vor dem Terroranschlag auf das International Trade Center in New York. Deutschland, so hat sich herausgestellt, war das Planungsland des Anschlags. Sollte hier nicht die Frage erlaubt sein, ob das Überwachungswerkzeug im Kampf gegen den Terrorismus nichts taugt, weil sich Terroristen eben nicht unverschlüsselt per E-Mail über ihre Absichten unterhalten oder wird das Werkzeug zur Überwachung der eigenen Bürger benutzt. Schließlich könnte es doch

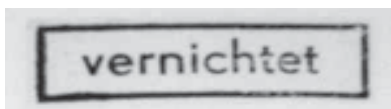
beispielsweise sein, daß ein ALG 2- Empfänger seinem Enkel per E-Mail mitteilt, daß er dessen fällige KFZ- Steuer und Versicherung von etwa 1000,00 Euro aus einer persönlichen Rücklage auslegen kann. Dann können die zuständigen Organe zugreifen und nicht angegebene Vermögenswerte bei der Streichung des ALG 2 geltend machen.

Im Reigen der Gesetze erscheint ein Werk absonderlich und unmotiviert. Wie ein lustiger Hanswurst in einem Trauerzug präsentiert sich die deutsche Rechtschreibreform. Selbst auf die Gefahr der eigenen Lächerlichkeit hin wird von der Politik ein Gesetz verabschiedet, das keine Rechtsfolgen kennt. Oder können wir uns ein Ordnungsstafverfahren wegen Orthografiefehlern vorstellen? Was soll das? Scheinbar unmotiviert soll mit Gesetzeskraft festgeschrieben werden, was lebt, sich ständig verändert und dies auch in Zukunft tun wird.

Aus unserer Sicht gibt es einen guten Grund für die Normierung der Sprache über den bisherigen Stand hinaus, der wie der letzte Stein in ein Puzzle passt: Das ist die bessere Erfassbarkeit durch Datenerfassungssysteme.

Als in der Mitte der 80er ein staatlicher Leiter in einem DDR-Betrieb eine unbecome Mitarbeiterin loswerden wollte, marschierte er als ehemaliger MfS-Mitarbeiter zur Sparkasse und verlangte dort mit Vorlage seines Dienstausweises Konteneinsicht. Aus der Kontenbewegung mit durchaus

einigen kurzfristigen Überziehungen konstruierte er einen Kündigungsgrund, da die Mitarbeiterin dienstlich mit der Portokasse zu tun hatte und für den Umgang mit betrieblichen Geldmitteln nicht mehr geeignet war. Ja, das war noch echte Handarbeit, gepaart mit Ideenreichtum und Initiative. Heute kann man den gleichen Vorgang in einem Arbeitsgang erledigen, ohne die Finger von der PC-Tastatur zu nehmen. Auch das Abhören von Telefonen war beim MfS echte Handarbeit. Die Genossen benutzten speziell konstruierte Kassettenrecorder, um einigermaßen effektiv die Zielpersonen und deren Kontakte zu erfassen. Und Alles mußte dann abgehört und vor Allem bewertet werden. Dabei war das Telefonnetz in der DDR eher unterentwickelt, ein Telefonanschluß war ein Glücksfall. Es hatte sich eingebürgert, am Ende eines Gesprächs alle die, die sonst noch mithören, ganz nett zu grüßen. Es liegt uns fern, auch nur den Anschein von Stasi-Nostalgie zu erwecken. Es geht um den wesentlichen Unterschied von zwei Überwachungssystemen in technischer Hinsicht, die neue Dimension der Datenmengen. Das DDR-Telefonnetz war überschaubar und abhörbar. Das Internet sprengt alle Möglichkeiten der manuellen Überwachung. Immer größere Datenmengen werden mit immer neuen Techniken übertragen. Die berühmte Nadel im Heuhaufen ist dagegen der Wink mit dem



Zaunpfahl. Es ist zwingend nötig, die Rechner bei der Bewertung des zugänglichen Materials einzusetzen und eine maschinelle Vorauswahl zu organisieren. Das können schon die vom Internetsurfen allgemein bekannten Suchmaschinen. Suchmaschinen arbeiten mit Schlüsselwörtern und werden Texte erfassen, die bestimmte Schlüsselwörter zum Inhalt haben. Wir können aber auch davon ausgehen, daß weitere und bessere Anwendungen die Texte auf bestimmte zusammenhängende

Fragmente hin untersuchen. Hier passt nun der oben erwähnte Puzzestein: die normierte Sprache. Eine standardisierte Sprache erlaubt Analyseprogrammen einen vereinfachten Zugriff auf den Inhalt der Daten.

Die Sprache ist ein Zuordnungssystem von Symbolen, die reale Gegenstände bezeichnen. Durch gesellschaftliche Übereinkunft entstehen kulturelle Unterschiede, es existieren Nationalsprachen und Dialekte. In einer der Sprachtheorien unerscheidet man darüberhinaus harte und weiche Sprachen. Eine harte Sprache bedeutet, daß es für jeden Gegenstand genau ein Symbol, also ein Wort gibt. Es besteht zwischen dem Original und der Abbildung Eineindeutigkeit. Bei weichen Sprachen gibt es in der Zuordnung Mehrdeutigkeit. Der Vorteil einer harten Sprache, die genaue Abbildung der Realität zu ermöglichen, stößt bald an eine Grenze. Sobald ein neuer Sachverhalt beschrieben werden soll, ist das mit dem vorhandenen Zeichenvorrat nicht möglich. Der Ausweg aus diesem Dilemma ist eine gewisse Mehrdeutigkeit, die die Sprache weich werden lässt. Nur so ist es möglich, mit der bestehenden Sprache neue Begriffe zu schaffen. Umgangssprache wird daher immer ein Kompromiß zwischen hart und weich sein müssen. Mehrdeutigkeiten in der Wortzuordnung werden durch das Verständnis des Zusammenhanges möglich. Aus dem Kontext können wir die verschiedenen Bedeutungen einzelner Wörter einordnen. Begriffe wie Diäten, Vertreter, Leiter, usw. können nur aus dem Sinnzusammenhang des übrigen Textes verstanden werden. Durch diese Eigenschaften sind harte Sprachen besser geeignet, maschinell analysiert zu werden. Das Verständnis einer weichen Sprache setzt das Verständnis des Gesamtzusammenhanges voraus. Das geschieht durch Kombination der möglichen Zusammenhänge und der Aussonderung der sinnlosen Kombinationen. Weiche Sprachen sind daher wenig maschinenverständlich. Beispiele

für harte Sprachen sind Programmiersprachen wie Basic, C usw, bei denen jeder Anweisung genau ein Befehlsablauf zugeordnet ist und auch kleinste Fehler nicht durch einen Zusammenhang richtiggestellt werden können. Ein Beispiel für weiche Sprache sind Gedichte, bei denen ein Text verschiedene Interpretationen zulässt.

Betrachten wir in diesem Zusammenhang die Neuregelungen der Rechtschreibreform, wird die Veränderung zu mehr Eindeutigkeit, also Härte deutlich. Verben werden ihren Stammsubstantiven angeglichen, Sonderregelungen werden aufgelöst, Trennregeln lassen den getrennten Teile im Einzelnen eine Bedeutung zuordnen und das im Englischen unbekanntes fällt weitgehend. Die Rechtschreibung wird zwar einfacher, aber vielleicht ist es nicht nur paranoid anzunehmen, daß die Reform die Sprache genau wie den künftigen Personalausweis maschinenlesbar machen soll. Das könnte die Intensität der Bemühungen der Politik bei der Durchführung der Rechtschreibreform erklären.

Was machma nu ? Dor sächsche Diolegd is so scheen weech, dassa nich

wennse was midgriechn wolln. Gann awor sinn, dass ma gleech rausgewunken wärd aussa Dadnaudoboohn. Dormid missma rechnen. Dis schafft awor och Arweedsblädse inne Ämda, brauchma ja ooch. Mia wolln geene Gulduarevoluzchon anzedeln, die is eenmal im Gang. Nu, da gömma och so schreim. Un midde Derro-risdnabwehr machma och nix gabudd, die wern sich scho annorsch ausdauschn. Was machma midn Gombjuda im Indanedd ? Fua die wischdschen Dadn is ne exderne Bladde iba uhesbeh sähr nidslisch, die gamma abziehn, wemma ins Neds gehd. Dis is och gud, wemma den Gomschudor beschloochnohmt kriegt un die zuschdändschn Orschone neiguggn wolln. Wärklich wischde Sachn schiggdsde mid Disgedde. Ausadem solltema imma ma wieda die Pladde midn Andispyprogramm budsn, is scho manche Ibaraschung bei rausgegommn. Neie unbegande Mädjn stckma erschdma nich inn Gombjuda mid den inderessandn Dadn steggn, sondan erstma guggn, ob sich nachm Insdallian Alles wieda ändfärn lässt. Und wenn die freie Gabazitäd der Bladde imma gleena wärd, ohne dass wass druffgommd, is Alarm. Nu, säschsch gehgd doch! Du gannst och Blattdütsch oder bayrisch jo mei schreibm oder balinan oder schwäbisch, is ganz eschol. Das is freilich geene Godierung, aber äbn



n i c h

maschin-läsbor. Un

es sachd

Allen, die

wieda mal

miläs wolln

und ooch

werdn: Mia wolln

das nich, das nützt

nich dem Schutz der

Börcha, sondan be-

schneided däre Rächde imma

weida. Wea midläsn will, soll sich ber-

sönlich bemühn. Mir ham damals beim

Delefonian das Emefes gegrüßd, mir

grüßn ooch eich. Weat eich, schreibd

säschsch.

moschinläsbor is.

Ohne dän Gondeksd gehd nix. Schedor Gombschudor hängt sich uff, wenna dormid zuräschdegommn soll. Nu is wieda Handorbeet gefrocht, die Schungs vom schielenden Otto misssn sisch berseenlisch bemiehn,

schneided däre Rächde imma weida. Wea midläsn will, soll sich ber-sönlich bemühn. Mir ham damals beim Delefonian das Emefes gegrüßd, mir grüßn ooch eich. Weat eich, schreibd säschsch.

SCHACH-TRAKTAT

Weiß setzt in 3 Zügen

res severa verum gaudium

Verstümmelte Ahnung von Zeit
Leidlicher Ausdruck
Nur kein Pathos
Dramatisch verlebte Turbowirbel
In den Kämpfen des relativen Lebens

Ist solch reflexierte Suche nach Kunst
Dann Luxus
Tödlich implodierte Kritik der Krise
Im Raum der Alltagsutopie

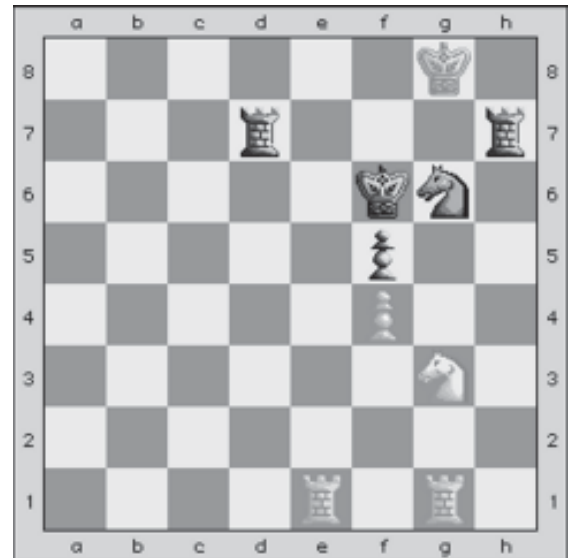
Dem Schlechten begegnen
Sinn der Sinnlichkeit
Verbrechen erkannt lassen
Nicht in Stile fassen

von Lene

matt.

Al-Adli, einer der ersten islamischen „Großmeister“ und Geschichtsforscher des Spiels, schrieb im Jahre 840:

„Es wird allgemein anerkannt, daß in Indien drei Dinge geschaffen wurden, die zu dieser Zeit erst- und einmalig waren. Vergleichbares gab es nirgendwo. Diese drei Dinge sind: das Buch der Fabeln, Kalila und Dimna, die neun Zahlen, mit denen man bis unendlich zählen kann, und das Schachspiel.“



Lösung FA!#16

Zugegeben, diesmal war es etwas schwerer.

Der Lösungsweg gründet auf der Nutzung der schwarzen Kapazitäten für einen behuften Hinterhalt. Der schwarze König wird durch Tc7-h7+ (Kg8) und Sd5-f6+ (Kf8) in die gewünschte Richtung gelenkt. Nun folgt das Bauernopfer auf e7 (Sc6xe7), um den Gürtel noch enger zu schnallen. Fehlt nur das Turmopfer auf f7 (Sd8xf7) und schon ist die Springerfalle perfekt: **Sg5-c6++**

Neu-Rom Anno 2005

Der große Imperator Schroederius Maximus beauftragte bekanntlich vor drei Jahren den ehrenwerten Hartzius mit dem Bau eines neuen Kolosseums. Man ist sich im Senat noch nicht einig, ob dieses gewaltige Bauwerk „Erster Arbeitsmarkt“ oder „Job-Centrum“ heißen sollte. In diesem Jahr, obwohl die Bauarbeiten noch nicht beendet sind, wurde das Monument tausender zukünftiger Spiele eingeweiht. In die Arena tritt Ahmed, Veteran aus dem kampferprobten Stamme der Migranten, in der Rechten den Dönerspies, in der anderen als Schild die befristete Aufenthaltsbefugnis. Ihm entgegen, schon in Raserei, läuft der nordische Steffan von der inzwischen verbotenen Gruppe der Langzeitarbeitslosen, bewaffnet mit einem Zweihänderkugelschreiber und gepanzert mit einem Vermittlungsgutschein. Man erwartet in Buchmacherkreisen, dass beide Gladiatoren diesen Kampf nicht überleben werden. Gerüchten zufolge, sind beide vom selben Fallmanager trainiert worden.

Der Unparteiische einer namenhaften Zeitarbeitsfirma weist gerade ein paar junge, unerfahrene Kämpfer der Gladiatorenschule *Jump Plus* aus der Arena. Zu viele hochkarätige Maßnahmehaudegen sind für heute angemeldet. Es ist eine bittere Pille für all die abgewiesenen Arbeitsmarktkrieger. Wer in der Leistungsberechnung keinen Sieg vorzeigen kann, bekommt nichts zu essen.

Während unseres kleinen Ausfluges in die Hintergrundinformationen hätten wir fast ein interessantes Schauspiel verpasst: ein älterer Mann hat doch tatsächlich versucht, sich mit seinem Gegner zu einigen. Der Unparteiische ist aschfahl geworden. Er versucht gerade, die Kontrahenten von der Empore wegzuziehen, damit die Likatoren der ARGE nichts merken. Der Trainer des Älteren entschuldigt sich gerade auf Knien ... Nun ja, den sehen wir in der Arena bestimmt nicht zum letzten Mal. Seitdem jedwede Unterstützung mit der Inanspruchnahme eines Arbeitskampft-

trainings verbunden ist, sind fast alle ausführenden Organe zu Gladiatorenschulen konvertiert. Ausnahmen bilden die Häuser, welche mittellose Plebejer zu verschuldeten Patriziern umschulen. Das nennt sich Ich-AG. Wir sehen auf den Rängen viele dieser Exemplare beim Verkauf von Otternasen und Ozelotzungen. Diejenigen, die alles verkauft haben, zahlen mit den Tageseinnahmen einen Teil der Standgebühren und reihen sich mit ihren „einfach anfangen“-Schildern in die Warteschlangen vor den Löwengruben ein.

Ritter die Rendra von Lorfu

Eos Bathilde

Ihr Fischperlenmund leicht die Hybris.
Zerhauen, Wortfett nur: das Ereignis
im philosophischen Zwei-Viertel.

Der Apologeten Zorn,
ihr der Tyrsus, im Taumel.

Beyle

Hier gibts den Feierabend!

27

Connewitz

Cafe Similde simildenstr. 9
Buchhandlung el libro bornaische str. 3d
Frau Krause simildenstr. 8

Umland

„Konsum“ Eisenberg fabrikstr. 24
König Kurt Dresden Leonhard-str. 39
Stadtteilladen Dresden rudolfstr. 7

Lindenu/Schleussig

Besser Leben holbeinstr. 2
Schlechtes Versteck könneritzstr. 32
Cafe Westen demmeringstr. 32
Heidis Dienstleistungscener könneritzstr. 18
Lebensart Naturkost könneritzstr. 49
Presse-Service-Shop nonnenstr. 17 (elsterpark)
Afro-Club Tulamahash nonnenstr. 17 (elsterpark)

Eutritzsch

Bistro Kale wittenberger str. 56
Buchhandlung Baier delitzscher str. 4

Zentrum

Beyerhaus ernst-schneller str. 6
Bistro al Safa lepay-str. 3
Connewitzer Verlagsbuchhandlung specks hof
Eine-Welt-Laden connewitz burgstr. 3
Klee Naturkost friedrich-ebert-str. 33
Libertäres Zentrum Libelle kolonnadenstr. 19
Uni Imbiss augustusplatz

Reudnitz

Bistro Pascha wurzener str. 7
Jazz-Cafe-Lounge täubchenweg 70
Presseshop Dipetos Store riebeckstr. 6

Stötteritz

Die Scheune oberdorfstr. 15
Harkan Bistro hermannstr. 24
Mandragora papiermühlenstr. 22A
Zeitkaufhaus breslauer str. 2

PREISRÄTSEL

Der/m aufmerksamen Leser/in wird es nicht entgangen sein. Der *Feierabend!* ruft zur Mobilmachung gegen die National-Zeitung (s. Anzeige S. 16). Um der Sache etwas mehr Schwung zu verleihen, verlosen wir unter allen eingesandten Meldungen über Verkaufsstellen der NZ ein VIP-Deluxe-Menü bei einer Vokü in der *Libelle*. Der Termin steht frei. Einsendungen bitte an nebenstehenden Kontakt. Einsendeschluß ist ebenfalls der 20.05.

Feierabend! gibt*s auch im ABOnnement.

3 Ausgaben für 5 Euro.

Ältere Ausgaben sind teilweise noch erhältlich

Kontakt:

Feierabend! Biedermann Str. 20 04277 Leipzig
feierabendle@web.de
www.feierabend.net.tc

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich
Anfang Juni. Einsendeschluß ist der 20.05.2005.

Inhaltsverzeichnis

Lokales

Bürgerliche Trauerspiele und Frühlingserwachen - 1/12
Dem Chef kein'n Cent geschenkt - 3
Leipziger Kameras: Ihre Argumente - unsere Antwort! - 4
Your ZORO needs you! - 2

Bewegung

Culdt-Camp 2005 - 6
Global Space Oddysee - 7
Schulkritisches Aktionsnetzwerk sucht MitstreiterInnen - 8
"Spasibo-Bündnisaufruf": Tag der Befreiung; Kein Naziaufmarsch am 8. Mai! - 13
Pelz ist mehr! - 15
Kurzmitteilungen - 16

Bildung

Status Quo Vadis - 1/9
Erziehung zum Manne - 10

Interview

Libertäres Afrika - 20

Soziale Bewegung

Die radikalen Wurzeln des Ersten Mai - 11

Theorie & ...

Schillers politisches Theater - 17

über'n tellerrand

Definitionssache "Humankapital" - 22

überwachung

Schnüffeln - bitte nur persönlich - 24

etcetera

Kommentar: Vorwärts zur Vergangenheit - 1
Editorial - 2
Lyrik & Prosa - 26
Verkaufsstellen - 27